

Wochenblatt 55 Pf., monatlich 1,50 M.
Im voraus zahlbar, Postbezug 4,20 M.,
einzelständig 60 Pf. Postzeitung- und
72 Pf. Postbeleggebühren. Ausland-
abonnement 6.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal. Die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Beilagen „Welt
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Lehrling“, „Bild in die
Werkwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Fünfhöf 293-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postbezugskonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 2

Die einseitige Konfessionelle
40 Pfennig, Restante zur 2.- Reichs-
markt. „Kleine Anzeigen“ des ein-
druckes Wort 25 Pfennig (gültig zwei
Zeichensätze), jedes weitere Wort
12 Pfennig. Siebenzeilige das erste
Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für
Abonnenten Zeile 40 Pfennig. Anzeigen-
annahme im Hauptgebäude Linden-
straße 3, wochentags, von 9 bis 17 Uhr.

Sturm in der Kammer.

Falsches Sitzungsprotokoll der Anlaß.

Paris, Kammer, 8. März. (Eigenbericht.)

In der Kammer kam es zu einem schweren Zwischenfall. Zum erstenmal in der Geschichte des französischen Parlaments wurde das Protokoll der letzten Sitzung abgelehnt, und zwar wegen „Monatlicher Manöver“ oder zu deutsch Schiebung. In dem Protokoll stand verzeichnet, daß in der letzten Sitzung der Bericht der auswärtigen Kommission über die Wiederaufnahme der Missionen eingeleitet worden sei. Die Kommission hat über diesen Bericht noch nicht beraten, sie hat ihn also noch nicht gebilligt; er konnte daher noch viel weniger im Plenum eingebracht werden. Daher wütender Protest der Linken, ungeheure Lärmjazznen.

Hunderte gehaltene Fäuste bedrohen den Ministerpräsidenten Poincaré.

Der radikale Abg. Berthod erklärte, daß die Regierung „Monatliche Manöver habe spielen lassen“. Weiß vor Zorn erhob sich Poincaré und unter lärmenden Unterbrechungen rief er: „Die Regierung hat überhaupt keine Manöver spielen lassen, noch viel weniger etwa ein unsäuerliches Manöver!“ Seine Stimme wird von den wütenden Protesten überhört, während die Rechte tumultuarisch Beifall klatscht. Vergeblich sucht Poincaré weiterzusprechen. Endlich entschließt sich der verzweifelte Ausdruck:

„Über meine Herren, welche Räuberhöhle!“

Er sei immer ein überzeugter Republikaner gewesen, führt der Ministerpräsident fort, und er habe immer die Rechte des Parlaments verteidigt. Es sei schamlos, mit derartigen Mitteln die Debatte über die Missionen zu vertagen. Das sei kein ehrlicher Kampf. In wilder Aufregung schreit die Kammer zur Abstimmung. Durch Handaufheben wird das Protokoll abgelehnt.

Jetzt protestiert die Rechte derart, daß die Sitzung unterbrochen werden muß.

Während der nur wenige Minuten dauernden Unterbrechung bleiben Poincaré, Barthou und Chéron auf der Regierungsbank sitzen. Nach Wiederaufnahme beginnt die Kammer dann mit der Erörterung der Interpellation betr. die Maßnahmen zum Schutze der Klempner.

Kampfanzeige der Radikalen.

Paris, 8. März. (Eigenbericht.)

Die radikale Fraktion hat am Donnerstag einstimmig beschlossen, sich jeder Forderung der Regierung auf Diskussion über die Kongregationsgesetze zu widersetzen. Es wird bei der Zustimmung Fraktionszwang ausgeübt werden. Demnach wird sich die für nächsten Dienstag festgesetzte Debatte über die Festlegung des Datums der Diskussion des Kongregationsgesetzes wiederum zu einer Kraftprobe für die Regierung gestalten.

Torrès' Rache an Léon Blum.

Er kandidiert gegen ihn.

Paris, 8. März. (Eigenbericht.)

Der Pariser Rechtsanwalt Torrès, der kürzlich in einem Pariser Vorortwahlkreis sich als offizieller Kandidat der sozialistischen Partei aufstellen lassen wollte und von der Parteileitung abgelehnt wurde, will jetzt an Léon Blum, den er für seinen Hauptgegner hält, Rache nehmen. Er wird bei der Wahl in der Stadt Carbonne (Departement Aude) gegen Blum kandidieren. Ein radikaler Kandidat ist ebenfalls aufgestellt, so daß die Zersplitterung der Linken im vollen Gange ist. Torrès hat Léon Blum wissen lassen, er werde sich ihm künftig bei jeder Gelegenheit entgegenstellen.

Kein Fortschritt in Paris.

Schwere Differenzen unter den Sachverständigen.

Paris, 8. März. (Eigenbericht.)

Die Reparationsfachverständigen haben am Freitag zwei Vollsitzungen abgehalten. Da auch die Stimmung in der Konferenz eine fähigere Abkühlung erfahren hat, liegt die Vermutung nahe, daß man auf unvorhergesehene Schwierigkeiten gestoßen ist.

Die erste Freilagung hörte ein ausführliches Referat über die Arbeiten des Transferausschusses, der sich in den letzten Tagen besonders mit der Frage der Prozedur befaßt hat für den Fall, daß der Transfer des geschützten Teils der deutschen Annuität Schwierigkeiten bereiten sollte. Auch das Problem war erörtert worden, ob und welche Erleichterungen Deutschland gewährt werden können, wenn es den ungeschützten Teil seiner Schuld freiwillig erhöhen würde.

In der Generaldebatte über die Einheitsvorschläge der drei Unterkommissionen kam es zu einer eingehenden Diskussion der Schaffung eines Clearing-Hauses oder einer Reparationsbank, die als Zentralinstanz die deutschen Zahlungen an die Alliierten weiter leiten soll. Keine der Delegationen hat gegen diesen Gedanken einen prinzipiellen Einwand erhoben, dagegen scheinen die Meinungen über die Machtbefugnisse der Zentralüberwachungsinstanz, die vielleicht die Form eines Aufsichtsrates einer Bank annehmen würde, noch weit auseinanderzugehen.

Von dem Kernproblem der Festlegung der Gesamtsumme der Schuld, der Zahl und Höhe der deutschen Annuitäten ist man noch genau so weit entfernt wie am ersten Tag.

Der englische Delegierte Sir Josiah Stamp ist zum Wochenende nach London abgereist. Der Reichsbankpräsident Schacht reist zur Teilnahme an einer Hochzeit in seiner Familie am Montag nach Berlin. Er kehrt am Mittwoch zurück. Die Diskussion über die Festlegung der Gesamtsumme wird also kaum vor Ende der nächsten Woche fortgesetzt werden können, wenn auch die nächste Vollsitzung für Montag angelegt ist. Angesichts der tiefen Klüfte, die noch immer zwischen den Forderungen der Alliierten und der Ansicht der deutschen Delegation über die effektive Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft besteht, zweifelt man, ob der Zeitpunkt heute wirklich schon gekommen ist, um die in Genf in Aussicht genommene Endlösung vorzunehmen, oder ob man sich wiederum mit einer provisorischen Lösung wird begnügen müssen.

Asylrecht in Frankreich.

Paris, 8. März.

Die Anklagekammer in Lyon hat einen von der italienischen Regierung gestellten Antrag auf Auslieferung des ehemaligen Abg. Alfonso Imperati abgelehnt. Imperati hat 1924 einen faschistischen Stabtrupp niedergeschossen, wie er be-

hauptet in Rotwehr. Die Anklagekammer stellt sich auf den Standpunkt, daß es sich um ein politisches Verbrechen handelt und hat die Freilassung Imperatis angeordnet.

Mexiko gibt Nachrichtenfreiheit.

Depeschenzensur aufgehoben.

New York, 8. März.

In Meldungen aus Mexiko wird die lebhafteste Befriedigung über die Erhaltung des Waffenverkaufs an die mexikanische Regierung durch die Regierung der Vereinigten Staaten gemeldet. Die Zensur für Pressemeldungen ins Ausland wurde gestern abend aufgehoben, sie wird jedoch für geschäftliche Kabelmeldungen aufrechterhalten. Zwei von den drei unterbrochenen Telegraphenlinien aus Veracruz sind wiederhergestellt.

Juarez von den Rebellen erobert.

London, 8. März.

Die Straßenschlacht im mexikanischen Grenzort Juarez hat nach weiteren Berichten aus El Paso Freitag vormittag mit einem Siege der Aufständischen geendet.

Sämtliche in dem Kampf um Juarez mit wechselndem Erfolge geschlagenen Aufständischen, die die Grenze überschritten hatten, wurden durch die Amerikaner in El Paso entwässert.

Wie das Kriegsamt in Washington erfährt, sind einige Personen durch verirrte Kugeln verletzt worden.

Nur ein sechsjähriger Knabe ist noch drei Amerikaner durch mexikanische Kugeln verwundet worden. Nach dem Kampfe durchsuchten Rot-Kreuz-Schwester die Straßen in Juarez, die von Toten und Verwundeten überfüllt sind. Auf den Raubkampfen folgten blutige Barrikadenkämpfe. Der Hauptkampf entspann sich um das Hotel, in dem der Kommandant der Regierungstruppen sich stark verchanzt hatte. Als dieser vertrieben wurde, war das Schicksal der Regierungstruppen entschieden.

Harakiri in Moskau.

Selbstmord eines japanischen Offiziers.

London, 8. März.

Ein Adjutant des Marineattachés der japanischen Botschaft in Moskau, Kapitän Rishura Kojanagi beging vor dem Bilde des japanischen Kaisers Harakiri (Selbstmord), indem er sich den Bauch aufschnitt. Eine Sommerzeitung hatte berichtet, daß in der Wohnung des Kapitäns eine wilde Orgie gefeiert und eine Tänzerin mit einem Dolch angegriffen worden sei. Diese Veröffentlichung hat den Offizier zum Selbstmord veranlaßt.

Wehrfrage / Sozialdemokratie

Ein Beitrag zur Diskussion über die „Richtlinien“.

Von Otto Bauer-Wien.

Genosse Otto Bauer, der, ebenso wie Kautsky und Julius Deutsch, der Programmkommission auf ihr Ersuchen ein Gutachten zur Wehrfrage erstattet hat, beschäftigt sich im „Kampf“, der Wiener sozialdemokratischen Monatschrift, mit den „Richtlinien“ und der Kritik, die sie gefunden haben. Er tritt den im „Kampfbuch“ vertretenden Anschauungen mit den folgenden Ausführungen entgegen.

Vor dem Kriege hat die Deutsche Sozialdemokratie den deutschen Militarismus entschieden bekämpft. Sie hat ihm „keinen Mann und keinen Groschen“ bewilligt. Aber hat sie die „Beseitigung“ jeder Wehrmacht im kapitalistischen Staat verlangt? Nein! Sie hat die Erziehung des stehenden Heeres durch eine Miliz gefordert.

Deutschland ist umgeben von ungleich stärker gerüsteten Staaten. Wie verhalten sich die sozialdemokratischen Parteien dieser Staaten zu den Rüstungen? Fordern die französische sozialistische Partei, die polnische sozialistische Partei, die tschechoslowakische Sozialdemokratie die „Beseitigung“ der Wehrmacht im kapitalistischen Staat? Nein, sie fordern die Förderung internationaler Abrüstungsabkommen, die Einschränkung der Heeresausgaben, die Demokratisierung der Wehrmacht, aber nicht die einseitige vollständige „Beseitigung“ der Wehrmacht.

In Dänemark, in Schweden, in den Niederlanden treten die sozialdemokratischen Parteien allerdings dafür ein, daß diese Staaten, ohne internationale Abrüstungsabkommen abzuwarten, abrüsten sollen. Sie begründen dies damit, daß die Wehrmacht diese kleinen Länder im Falle eines modernen Krieges ohnehin nicht zu schützen vermöchte. Kann die Sozialdemokratie in dem großen, für die europäische Gesamtentwicklung so entscheidenden Deutschen Reich diese Forderung stellen wie in diesen kleinen Ländern? Das ist es, worüber zu entscheiden ist.

Unsere Freunde von der deutschen Linken argumentieren: Im kapitalistischen Staat ist jede Wehrmacht ein Machtwerkzeug der herrschenden Klasse. Wir müssen der herrschenden Klasse ihre Machtwerkzeuge entwenden. Darum müssen wir für die „Beseitigung“ jeder Wehrmacht im kapitalistischen Staat kämpfen. Diese Argumentation hat den Vorzug der Einfachheit. Aber sie vergißt eine Kleinigkeit. Die „Beseitigung“ der Wehrmacht im einzelnen großen Staat würde ja nicht nur die Machtverhältnisse der Klassen innerhalb dieses Staates, sondern auch die Machtverhältnisse zwischen den Staaten Europas verschieben. Kann es dem internationalen Sozialismus wirklich ganz gleichgültig sein, in welcher Richtung die internationalen Machtverhältnisse verschoben werden?

Im Jahre 1893 hat Friedrich Engels die Frage aufgeworfen: „Kann Europa abrüsten?“ Seine ganze Untersuchung ging von dem Gedanken aus, die Abrüstung soweit zu fordern, als sie nicht eine bestimmte, dem internationalen Sozialismus unerwünschte Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen den Staaten — nämlich eine Machtverschiebung zugunsten des russischen Zarenismus — herbeiführt! Engels hat auf Grund einer glänzenden ökonomischen, sozialen und militärischen Analyse dargelegt, wie weit das Europa von 1893 abrüsten könne, ohne dadurch den Zarenismus zu stärken. Er ist auf Grund dieser Analyse zwar für eine allgemeine Verkürzung der Dienstzeit, aber nicht für die „Beseitigung“ jeder Wehrmacht in den kapitalistischen Staaten eingetreten.

Ich glaube, daß wir nach Engels' Methode verfahren müssen. Es ist allzu simpel, unsere Stellung zum Heere nur aus der Erkenntnis zu deduzieren, daß jedes Heer im kapitalistischen Staat ein Machtwerkzeug der herrschenden Klasse ist. Wie weit wir in einem bestimmten Lande zu einer bestimmten Zeit die Abrüstung fordern können, müssen wir davon abhängig machen, ob und inwieweit die militärische Schwächung dieses Landes eine der Arbeiterklasse dieses Landes und der internationalen Arbeiterklasse überhaupt unerwünschte Verschiebung der internationalen Machtverhältnisse zur Folge hätte.

So sind wir in Oesterreich verfahren. Ungarn bereitet die habsburgische Restauration vor. Ein Habsburger in der Ofener Königsburg würde sich sehr bald auch Oesterreich zu unterwerfen suchen. Die Erfahrungen von 1921 haben gezeigt, wie leicht Ungarn einen Bandenkrieg in das Burgenland tragen, wie leicht es vom Burgenland aus die österreichische Republik bedrohen könnte und wie wertlos wir gegen einen solchen Versuch wären, wenn wir kein Heer hätten. Deshalb fordert unser Linzer Programm keineswegs die „Beseitigung“ der Wehrmacht im kapitalistischen Oesterreich. Wir halten ein republikanisches Heer für unentbehrlich zum Schutze gegen die von Ungarn her drohende Gefahr einer monarchistischen Restauration.

Das Deutsche Reich ist natürlich in einer ganz anderen Lage: ihm droht nicht die Gefahr, daß die monarchistische Reaktion auf den Spitzen der Bajonette fremder Heere in das Land getragen werden könnte. Aber würden

einem völlig entwaffneten Deutschland mitten in einem voll-gerüsteten Europa nicht andere Gefahren drohen?

Nördlich der Alpen ist für absehbare Zeit vielleicht nur ein Krieg denkbar: ein Krieg Polens gegen die Sowjetunion, bei dem Frankreich, vielleicht auch England den polnischen Bundesgenossen unterstützen würde. Ich halte einen solchen Krieg nicht für wahrscheinlich, wie es die Kommunisten hinstellen; die kapitalistischen Mächte haben wohl begründete Angst vor einem solchen Kriege. Wenn aber das Sowjetregime durch schwere Wirtschaftskrisen erschüttert würde, dann würde ein solcher Krieg wahrscheinlich. Im Fall eines solchen Krieges wäre Frankreich verurteilt, über deutschen Boden (etwa auf der kurzen Linie Straßburg—Eger) eine Verbindung mit seinen östlichen Bundesgenossen herzustellen, um den Nachschub von Kriegsgerät für Polen zu organisieren, und wäre Polen verurteilt, sich durch Besetzung Danzigs, vielleicht auch Ostpreußens die Zufuhr von Kriegsgerät zur See zu sichern.

Die deutsche Arbeiterklasse kann nicht wünschen, daß fremde Armeen über deutschen Boden ihre Etappenlinien legen. Das internationale Proletariat kann nicht wünschen, daß ein konterrevolutionärer Krieg gegen die Sowjetunion erleichtert werde. Die Deutsche Sozialdemokratie müßte im Fall eines solchen Krieges alles daransetzen, die Neutralität Deutschlands zu sichern, die Benützung Deutschlands als Etappen- oder gar als Aufmarschraum der gegen die Sowjetunion marschierenden Heere zu verhindern. Seine Neutralität kann aber ein Land nur wahren, wenn es, durch Befehle seiner Grenzen, zu verhindern vermag, daß sein Boden von der einen oder der anderen Kriegspartei mißbraucht werde.

Angesichts der Möglichkeit einer solchen geschichtlichen Situation die einfache „Beseitigung“ jeder deutschen Behauptung zu fordern, angesichts solcher Möglichkeit programmatisch zu erklären, daß sich die deutsche Arbeiterklasse jeder Verteidigung der deutschen Neutralität widersetzen würde, wie es der Gegenentwurf der Linken tut, das scheint mir gar nicht so international gedacht, gar nicht so antiimperialistisch, gar nicht so „revolutionär“ zu sein, wie es unsere linken Freunde im Reich aus einer ausschließlich innerpolitisch orientierten Denkweise heraus annehmen.

Ich habe diesen Gedankengang schon in meinem Gutachten an die deutsche Kommission dargelegt. Das Organ der russischen Sozialdemokratie, der „Sozialistische Weltbrief“, hat diesen Gedankengang so gedeutet, ich sei dafür eingetreten, daß Deutschland einer Befreiung seiner Neutralität im Fall eines polnisch-französischen Krieges gegen die Sowjetunion „bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen“ solle. Das ist ein Irrtum. Ob das Reich in einem solchen Fall imstande wäre, einen Einbruch auf seinen Boden mit Waffengewalt abzuwehren, und ob die Deutsche Sozialdemokratie dafür eintreten solle, daß das Reich dies tue, das hängt von konkreten geschichtlichen Umständen ab, die nicht vorauszuweisen sind; ich bin nicht so töricht, Rezepte für unser Verhalten in Situationen, deren nähere Umstände ich nicht vorauszuweisen vermag, programmatisch festlegen zu wollen. Mein Gedankengang hat einen ganz anderen Sinn. Ich wollte nicht mehr sagen und habe nicht mehr gesagt als dies, daß eine reflexlose einseitige Abrüstung Deutschlands unter den derzeit in Europa gegebenen Umständen, und daß eine Erklärung, die deutsche Arbeiterklasse werde sich in jedem Fall, unter allen Umständen einem bewaffneten Schutze der deutschen Neutralität widersetzen, nichts anderes wären als eine freundliche Einladung an schwer bewaffnete Mächte, sich nur ja nicht zu generieren, deutschen Boden als Etappen- und Aufmarschraum zu benützen, falls sie ihn einmal zu einem konterrevolutionären Kriege brauchen könnten. Ich glaube nicht, daß die deutsche Arbeiterpartei, die eine so große Verantwortung für das Schicksal des internationalen Proletariats trägt, solche Einladungen erlassen kann.

In einem abschließenden Teil seines Aufsatzes äußert Bauer gegen einzelne Formulierungen des Programms Bedenken. So wünscht er ein klareres Herausstellen des Gedankens, „daß der Staat, ohne internationale Abstützungen abzuwarten, vorher schon seine Abstützungen soweit einschränke, als es die jeweilige internationale Lage gestattet“. Er möchte ferner den Ausdruck „Schutz des Selbstbestimmungsrechts“ beiseite lassen, weil er fürchtet, der Begriff könne dahin umgedeutet werden, daß Deutschland die Freiheit haben solle, sich an einem ausgebrochenen Krieg auf der einen oder der anderen Seite zu beteiligen. Schließlich hat er Bedenken gegen den Vorschlag, daß Deutschland brauche ein Heer, solange die Kriegsgesfahren „nicht durch sozialistische Regierungen, wenigstens in den wichtigsten Ländern, zum Verschwinden gebracht werden können“. Er hält eine genügende Sicherung des Friedens auch ohne Erfüllung dieser Bedingung für möglich. Bauer schreibt, indem er sich zu dem „Gedanken der Jakobinischen Verbesserteidung“ bekennt, „wie ihn Marx, Engels und Rosa Luxemburg vertreten haben“. „Denn die stärkste Bürgschaft für den Frieden ist die Furcht der herrschenden Klassen davor, daß jeder neue Krieg die Revolution entfesseln würde.“

Die oppositionelle Regierungspartei.

Volkspartei und Etat.

Wir lesen in der „Germania“: „Es ist heute schon klar, daß der Etat dem Reichshof in Form einer Doppelpartei zugelassen werden wird. Das Reichskabinett hat nämlich, wie wir wissen, vor wenigen Tagen anläßlich der Schlußabstimmung im Reichsrat einstimmig den Beschluß gefaßt, den bisherigen Haushaltsentwurf der Regierung, also einschließlich der neuen Steuervorschläge, dem Reichshof einzubringen. Die Einstimmigkeit des Kabinetts ist um so bemerkenswerter, als ja volksparteiliche Minister in der Regierung sitzen und als die Schwierigkeiten bekannt sind, die durch die Staatsvorschläge der Volkspartei entstanden sind.“

Wirtschaftsführer Luther.

Ein neuer Posten für ihn.

Der frühere Reichsanwalt Dr. Luther tritt in die Gemeindefunktion der Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekendarlehen ein. Dr. Luther ist bereits mehrfacher Aufsichtsrat, daneben Vorsitzender des Bundes zur Erneuerung des Reichs und Präsident für den Posten eines deutschen Russisten.

Das System Geßler-Seeck.

Klarheit über die Reichswehrpolitik von 1920 bis 1923.

Das Gutachten des Generals von Hammerstein im Stettiner Fernemordprozeß schafft Klarheit über die Verhältnisse in der Reichswehr von 1920 bis 1923. Es enthält das System Geßler-Seeck.

Die Reichswehr hat geheime Waffenlager unterhalten, die sie vor den Verwaltungsbehörden verborgen hat. Sie hat die Bemühungen republikanischer Verwaltungsbehörden, namentlich des preussischen Innenministeriums, zur Aufhebung ungeleglicher Waffenlager durchkreuzt.

Die Reichswehr hat illegale Formationen, die sogenannte „Schwarze Reichswehr“ unterhalten, in der Regel hochverräterische und putschistische Formationen wie das Freikorps Röbbach, sie hat diese Formationen ungeheuerlich mit Waffen versehen.

Die Reichswehr hat Vertrauensleute vor Aufgaben außerhalb des normalen und gesetzlichen Rahmens gestellt und sie zur Geheimhaltung verpflichtet. Diese Vertrauensleute waren in Pommern zugleich Vertrauensleute des Landbundes.

Zur Begründung dieses Zustandes diente das kappistische Märchen von der „Roten Armee“, die unter Führung Rabeks nach dem Kapp-Putsch im Norden Berlins manöviert haben soll. General von Hammerstein glaubt noch heute an dies Kapp-Märchen. Das bolschewistische Gespenst sollte die Zusammenarbeit der Reichswehr mit hochverräterischen Formationen entschuldigen.

Nach diesen Feststellungen ist die politisch-moralische Verantwortlichkeit der Reichswehr an den Fernemorden unbestreitbar. General Weber, der ehemalige Kommandeur des Wehrkreises II, hat mit der Erklärung, daß die Röbbacher ihm unterstellte Soldaten gewesen seien, sein Teil der Verantwortung übernommen. General von

Hammerstein bestreitet die Verantwortlichkeit von Seeck und Geßler. Er behauptet, sie seien von den Generalen hintergangen worden.

Ein System von Ungeheimlichkeiten, Verheimlichungen, Lügen und Gegenlügen — das war die Reichswehr unter Geßler und Seeck. Die republikanische Kritik an diesem System erweist sich ebenso berechtigt wie das tiefe Mißtrauen der republikanischen Öffentlichkeit gegen das Treiben der Reichswehr in diesen Jahren, das die wohlbegründete Forderung der Republikanisierung der Reichswehr hervorgerufen hat.

Alles in allem: ein Körper, der mit den Befehlen und der Verfassung unvereinbar war und Politik auf eigene Faust trieb.

Am Schluß seines Gutachtens stellte General von Hammerstein zusammenfassend fest: Das Heer hat damals seine Vertrauensleute im Staatsinteresse vor Aufgaben mit Geheimhaltungsverpflichtungen stellen müssen, die außerhalb des normalen geheimmäßigen Rahmens lagen. Geheime Mittel, um die unbedingte Geheimhaltung sicherzustellen, konnten den Vertrauensleuten nicht an die Hand gegeben werden. Infolgedessen trägt das Heer eine gewisse Mitverantwortung, obwohl es, das betone ich noch einmal ausdrücklich, gesetzwidrige Maßnahmen zur Geheimhaltung weder angeordnet noch erwartet hat und obwohl es seinerzeit hintergangen und getäuscht worden ist. Den guten Glauben, Soldaten zu sein, dem Heer und dem Vaterland zu dienen, billige ich den Angeklagten, die ihrerseits von ihren Führern hintergangen und getäuscht worden sind, ausdrücklich zu. Das Heer hat eine Mitverantwortung in diesem Ausmaß nie geleugnet, sondern in allen Prozessen einwandfrei anerkannt.

Am Montag vormittag wird General Weber vernommen werden.

Die Schlacht von Wöhrden.

Die Schuld der rechtsradikalen Propaganda.

Meldorf, (Süderdithmarschen), 8. März.

Ueber die Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in Wöhrden liegt jetzt ein amtlicher Bericht vor, aus dem hervorgeht, daß die für Freitag nach Wöhrden einberufene nationalsozialistische Versammlung auf Grund früherer Zwischenfälle in Wöhrden bereits vom Landrat verboten worden war.

Trotz des durch die Presse bekanntgegebenen Verbots sollte offenbar die Versammlung durchgeführt werden, da sich am Freitag abend eine größere Anzahl Nationalsozialisten, vor allem aus Heide, nach Wöhrden begab, wo abends etwa 130 Kommunisten einen Anzug veranstalteten, bei dem noch alles ruhig blieb.

Um 9 Uhr folgte ein Anzug der Nationalsozialisten, die Verstärkungen von etwa 160 Mann erhalten hatten, und dieser Anzug scheint durch Kommunisten von einem Seitenweg aus überfallen worden zu sein. Es entstand im Dunkeln auf der Straße ein etwa fünf Minuten dauerndes Handgemenge, in dessen Verlauf ein Kommunist und ein Nationalsozialist getötet und vier Personen, darunter eine Schwere, verletzt wurden.

Landjägerebeamte konnten dem Tumult schnell ein Ende machen. Der schwerverwundete Nationalsozialist ist später im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

Polizeiverstärkung für Dithmarschen.

Heide, 8. März.

Aus Anlaß der blutigen Zusammenstöße in Wöhrden ist auf Anordnung der Regierung eine Bereitschaft der Schutzpolizei in Stärke von 70 Mann nach Heide beordert worden. Die gleiche Sicherheitsmaßnahme ist für Dybbøl vorgesehen.

Die Verantwortung für die Schlacht von Wöhrden trifft neben den Kommunisten vor allem die Hakenkreuzler und den Landbund, dessen Agitation immer wieder zu Ungeheimlichkeiten auffordert. Die Proklamierung des Steuerstreiks, die Hege rechtsradikaler Redner gegen den Staat und die Regierung schafft die Atmosphäre, in der solche Zusammenstöße möglich werden.

Rot Front.

Entwicklungen über Stärke und Bewegung der Organisation

Der Reichsführer der „Roten Jungfront“, Werner Jurr, der zugleich Mitglied der Bundesführung des Roten Frontkämpferbundes ist, hat an die Bundesführung des RFB eine Denkschrift über die Mißstände im RFB gerichtet. Aus dieser Denkschrift erfährt man, wie stark der RFB ist. RFB und Rote Jungfront hatten danach Ende 1926 zusammen 118 000 Mitglieder, Ende 1927 120 000 Mitglieder, Ende 1928 101 000 Mitglieder.

Interessanter noch als die Mitgliederzahl ist die Bewegung der Mitglieder. Die Denkschrift gibt darüber folgende Zahlen für 1927:

1. Vierteljahr	11 000	Eintritte	8 000	Austritte	
2. „	18 000	„	14 000	„	
3. „	22 000	„	23 000	„	
4. „	9 000	„	13 000	„	
		60 000	Eintritte	58 000	Austritte

Ueber die Bewegung in den wichtigsten Bezirken vom 1. März bis 1. Oktober 1928 unterrichtet die folgende Zusammenstellung:

	Zugang	Abgang	Rest
Berlin-Brandenburg	5945	7824	1378
Wasserkante	2163	3459	1297
Riebeckheim	1230	3764	2534

Eine Organisation, die eine derartige Fluktuation zeigt, ist selbstverständlich nicht viel wert. Rund die Hälfte der Mitglieder ist in einem Jahre ausgetreten, ebensovielfache wieder neu eingetreten, wobei, wie die Denkschrift mitteilt, die Zugänge reflexlos registriert werden, während bei den Abgängen lediglich die bei der Durchführung abgegebenen Mitgliedsbücher gezählt werden, die selbstverständlich sehr unregelmäßig und nicht reflexlos eingehen.

Ueber die Zusammensetzung der Mitgliedschaft heißt es in der Denkschrift: „Die besten Elemente verlassen den RFB. Der Prozentsatz der politisch Organisierten geht zurück. Nicht als Folge eines gesunden Entwicklungsprozesses, in dem laufend Kräfte an die Partei abgegeben werden, sondern infolge einer starken Flucht von Parteiarbeitern, die, wie im Rufgebiet, nahezu seit Gründung im RFB tätig waren. Der Prozentsatz der gewerkschaftlich organisierten Kameraden geht gleichfalls zurück.“

Man erzählt ferner aus der Denkschrift, daß der Bundesführer Redw im Oktober 1928 vor dem Rauschmisch stand, weil sein nicht einwandfreies persönliches Leben in der Parteidiskussion vor damals — Fall Thalman — eine zu große Belastung für Thalman war. Mit Thalman hat damals auch Baum mit Mühe und Not die reitende Platte erreicht.

Es versteht sich von selbst, daß der Verfasser der Denkschrift geflüchtet ist.

Erfolg des polnischen Linksblocks.

Rücktritt des schwerbeschuldigten Finanzministers.

Warschau, 8. März.

Finanzminister Czochowicz hat seine Demission eingereicht und diese ist von der Regierung angenommen worden. Der Rücktritt dieses Ministers, den der Linksblok im Sejm wegen Budgetüberschreitung beim Staatsgerichtshof verklagen will, schafft eine ganz neue Situation. Man erwidert die Drohungen des Linksblocks die Demission des Finanzministers nun doch an, durch folgende Erwägungen: gegenwärtig sollte mit Rücksicht auf die Wirkung im Ausland eine Debatte über die Budgetüberschreitung und über die gegen den Finanzminister zu erhebende Anklage vermieden werden. Darum wurde Czochowicz geopfert. Man erwartet aber, daß diese Rücksichtlosigkeit der Regierung nur bis zur Annahme des Budgets, d. h. etwa bis zum Monatschluß andauern wird und daß die Regierung dann Revanche zu nehmen wissen werde. Das Finanzministerium übernimmt einfließen der Finanzminister Czochowicz, der zurzeit krank ist.

Finanzhilfe zur Friedensicherung.

Bölkerebundskredit für angegriffene Staaten.

Genf, 8. März. (Eigenbericht.)

Der Bölkerebundrat erledigte am Freitag den Bericht des Finanzkomitees. Dieses Komitee hat die ihm vor Jahren gestellte Aufgabe, ein internationales Abkommen über eventuelle finanzielle Unterstützung angegriffener oder bedrohter Staaten durch den Bölkerebund zu schaffen, inzwischen gelöst. Ein Entwurf soll den Mitgliederstaaten zur Neuerung überlassen werden. Im September wird sich dann die Bölkerebundversammlung mit befaßen. Chamberlain wünschte, daß auch außerhalb des Bölkerebundes stehende Staaten sich an dem eventuellen Abkommen beteiligen. In Aussicht genommen ist die anteilige Ausbringung von zunächst 100 Millionen Goldfranken.

In vertraulicher Sitzung beschloß der Rat, Vorschläge der Vereinigten Staaten für deren Beitritt zum internationalen Gerichtshof am Sonnabend in öffentlicher Sitzung offiziell entgegenzunehmen. Das am Montag zusammentretende Komitee zur Nachprüfung der Statuten des internationalen Gerichtshofes wird beauftragt werden, zu prüfen, inwieweit die Vereinigten Staaten mit ihren Vorbehalten zum Beitritt zugelassen werden können. Amerika verlangt, daß der Rat alle Fälle, die amerikanische Interessen berühren, dem Gerichtshof nur mit Genehmigung der Vereinigten Staaten überweist. — Die Frage der Saaranklage wurde verlagert, ebenso der Fall Litig.

Der neueste Kommunistschwindel.

Faschismus - Bolschewismus - Demokratie.

Heute und morgen findet in Berlin ein „Internationaler Antifaschisten-Kongress“ statt, der nichts anderes ist als eine der vielen Aktionen der Moskauer Internationale unter falscher Flagge. Vor diesem Kongress ist schon vor Wochen vom Sekretariat der Sozialistischen Internationale gewarnt worden.

Der Kampf gegen den Faschismus kann nicht in einer Front mit den Vätern des Faschismus geführt werden. Die Bolschewisten sind nicht nur die Erzeuger des Faschismus im geschichtlichen Sinne, sie haben nicht nur in Italien, Ungarn, Bulgarien usw. den Faschismus oder Halbfaschismus durch ihre wahnsinnige Politik groß werden lassen, sie sind auch ideologisch die besten Stützen des Faschismus, denn sie kämpfen in einer Front mit ihm gegen die Demokratie.

Kein anderer als Mussolini hat mit zynischer Offenheit diese geistige Verwandtschaft bestätigt, als er Lenin seinen Lehrmeister nannte. Zwischen Kommunisten und Faschisten findet seit Jahr und Tag ein wahrer Wettbewerb des Hasses gegen die Demokratie statt. Was bei uns als die oft jutage getretene Einheitsfront von „Halbentz und Sowjetstern“ charakterisiert wurde, wiederholt sich in allen Ländern, bei allen Tageskämpfen, bei allen Wahlen, in allen Parlamenten. Daran ändert die Tatsache nichts, daß die Kommunisten in Italien, Ungarn und Bulgarien von den herrschenden Faschisten verfolgt werden und daß es allerorts in Deutschland blutige Kämpfe zwischen Rechts- und Linkskräften gibt: denn in der Verunglimpfung der Demokratie sind die beiden Extreme einig.

Daß das faschistische Italien und die Sowjetunion politisch und wirtschaftlich sehr gute, zeitweise sogar intime Beziehungen unterhalten, sei hier nur nebenbei erwähnt.

Die Berliner Tagung findet unter dem Vorsitz des französischen Dichters Henri Barbusse statt. Dieser ist, wie so mancher französischer Intellektueller, unter dem Eindruck des Krieges zur kommunistischen Partei gegangen, kann aber diese Stellung nur unter Ueberwindung starker Gewissensbisse aufrechterhalten. Jedesmal, wenn er wegen der Gewalt- und Greuelakte der Bolschewisten gestiftet wurde, antwortete er ausweichend, daß er grundsätzlich die „russische Revolution“ nicht kritisiere. Diese Antwort würde jeder sozialdemokratische Zwischenrufer auf der hiesigen Tagung erhalten, der bei der Erwähnung der faschistischen Deportationsinseln im Mittelmeer auf die sowjetrussischen Solowjetski-Inseln im Weißen Meer hinweisen würde, wo hunderte von Sozialdemokraten, Sozialrevolutionären und neuerdings auch Trotzkisten zugrunde gehen.

Kürzlich verbreiteten die Arrangure des Kongresses einen Aufruf, in dem der Kampf der Faschisten gegen die Demokratie geißelt wurde. Und jetzt soll ein Kommunist den Vorsitz in dieser Veranstaltung führen, die von den anderen Feinden der Demokratie finanziert wird! Das sagt alles!

Die einzige Macht, die das moralische Recht und die Kraft hat, den Kampf gegen den Faschismus zu führen, ist die internationale Sozialdemokratie. Sie kann diese Aufgabe nur erfüllen, indem sie gegen die Anhänger Moskaus die schärfste Trennungslinie zieht. Für sie gilt das Wort, das der größte Märtyrer unter den Opfern des Faschismus, Genosse Giacomo Matteotti kurz vor seinem Tode in Brüssel sprach: „Die Freiheit ist wie die Luft und das Wasser: man erkennt erst dann wirklich ihre Unentbehrlichkeit, wenn man sie verloren hat!“

Bekennen sich auch die Kommunisten zu diesem Hohelied auf die Freiheit?

Trotzki an den „Antifaschistenkongress“.

Tausende werden gefoltert und geschlagen.

Trotzki legt in dem Organ des Senatsverbandes — vom 8. März — seine Artikelreihe über seine „Ausweisung aus Rußland“ fort. Seiner Antwort an Stalin aus dessen Ultimatum, entweder die Opposition aufzugeben oder Gefahr einer Aenderung seiner Existenzbedingungen zu laufen, entnehmen wir:

„Die Drohung, meine Existenzbedingungen zu ändern und mich von der politischen Tätigkeit zu isolieren, klingen so, als ob ich nicht 4000 Kilometer von Moskau entfernt bin, 200 Kilometer von der Eisenbahn, und ungefähr genau so entfernt von den Grenzen der wüsten westlichen Provinzen Chinas, wo die heiligste Mosleria sich in die Herrschaft mit der Bepr und der Pest teilt. Als ob die Fraktion Stalins, deren unmittelbares Organ doch die GPU ist, nicht alles getan hat, was sie kann,

um mich nicht nur vom politischen, sondern auch von jedem anderen Leben zu isolieren.“

Die Moskauer Zeitungen kommen hier in einer Frist von zehn Tagen bis zu einem Monat und noch länger an. Als äußerste Seitenhellig gelangene Briefe an mich, nachdem sie zwei bis drei Monate in den Schubfächern der GPU und des Sekretariats des ZK herumgelegen haben.

Zwei meiner nächsten Mitarbeiter seit dem Bürgerkrieg, Seruiks und Rosnanski, die freiwillig mich nach dem Ort der Verbannung begleiteten, wurden sofort nach ihrer Ankunft verhaftet, mit Kriminellen in den Keller gesteckt, um dann in die entferntesten Winkel des Reichs verschickt zu werden. Von meiner hoffnungslos frant danniederliegenden Tochter, die sie aus der Partei ausgeschlossen und von der Arbeit entfernt haben, brauchte ein Brief an mich aus dem Moskauer Krankenhaus 73 Tage,

so daß meine Antwort sie schon nicht mehr lebend angetroffen hat.

Den Brief über die schwere Erkrankung meiner zweiten Tochter, die sie ebenfalls aus der Partei ausgeschlossen und von der Arbeit entfernt haben, habe ich vor einem Monat aus Moskau am 4. Tage erhalten.

Die telegraphischen Anfragen über die Gesundheit gelangen in den meisten Fällen gar nicht an die Adresse.

In gleicher und noch viel schlechterer Lage befinden sich tausende der besten Bolschewiken-Centralisten, deren Verdienste an der Oktoberrevolution und am internationalen Proletariat unendlich viel größer sind als die Verdienste derer, die sie verbannen oder in die Kerker geworfen haben.

Bei der Vorbereitung neuer Repressalien gegen die Opposition versucht die enge Fraktion Stalins, den Lenin in seinem „Testament“ groß und unioval (gewissenlos) nennt, zu einer Zeit, als sich diese seine Eigenschaften noch nicht zum hundertsten Teil so entwickelt haben wie jetzt, der Opposition irgendeine „Verbindung“

Holland bändigt Wilhelm.



„Wilhelm, du hast ungangbare Ausdrücke gebraucht. Sieh dir mal hier das Körbchen an!“

Die russische Fälscherwerkstatt.

Amtliche Darstellung der Berliner Polizei.

Der Polizeipräsident teilt mit: Die Erhebungen der politischen Polizei über die Tätigkeit der Dokumentenfälscher Dr. Orloff und Pamonowski sind insofern zu einem gewissen vorläufigen Abschluß gekommen, als nunmehr die Sichtung des beschlagnahmten Materials beendet ist. In dem Orloffschen Besitz wurde eine Anzahl „Originaldokumente“ gefunden, welche dieselbe Unterschrift „Orloff“ tragen, wie die dem amerikanischen Journalisten Knickerbocker angebotenen Schriftstücke. Es konnte durch Vergleich mit den Schriftstücken der bei Orloff beschlagnahmten Schreibmaschine einwandfrei festgestellt werden, daß diese Schreibmaschine zur Herstellung der Schriftstücke benützt worden war. An der Hand dieses Ueberführungsmaterials hat

Orloff eingestanden, die Fälschungen in den Jahren 1926/27 angefertigt zu haben.

Der Zweck der Herstellung der „Dokumente“ war offenbar der gleiche, wie bei der Verfertigung der dem amerikanischen Journalisten Knickerbocker vorgelegten Schriftstücke, nämlich sie den Interessenten zu verkaufen. Es ist in der Presse vielfach von der Auffindung dokumentarischen Materials auch über den bekannten „Anastasia-Fall“ berichtet worden. Tatsächlich handelt es sich hierbei lediglich um eine Sommermappe, in welcher Orloff Pressestimmen und Zeitungsausschnitte für seinen Privatgebrauch gesammelt und durch persönliche Aufzeichnungen ergänzt hat. Irrendes Verwenden dieses Materials zu politischen Zwecken konnte bisher nicht nachgewiesen werden. Ist es nun, daß Orloff auf Anregung des Herzogs von Beuthenberg auf Schloss Seebitz in Bayern Nachforschungen vornahm, die ihn mit einem bekannten früheren Moskauer Professor der Medizin zusammenführten, der in einem hiesigen Sanatorium die angebliche „Anastasia“ behandelt und beobachtet hat. Die hier erhaltenen Auskünfte hatten Orloff — wie er erklärte — zu der Ueberzeugung gebracht, daß „Anastasia“ tatsächlich die überlebende Zarentochter sei.

Die bei Orloff vorgefundene Karte stammt in der Hauptsache aus seiner Tätigkeit als Untersuchungsrichter und hat anscheinend lediglich historischen Wert. Allerdings steht fest, daß Orloff aus dieser Karte, wie aus seinen gesamten Kenntnissen der russischen Verhältnisse die Unterlagen für den Inhalt seiner gefälschten „Dokumente“ schöpfte. Ein weiterer Teil des Materials, der auf eine gewisse nachrichtliche Tätigkeit des Orloff nach dem Auslande hindeutet, unterliegt gegenwärtig noch der genauen Prüfung. Die bei Orloff vorgefundene Stempel- und Blankopapiere sind ein besonders wichtiges Beweismittel für die Fälschertätigkeit Orloffs.

mit den Feinden der Diktatur in die Schuhe zu schieben. Im engen Kreise lagen die heutigen Führer: „Das muß man wegen der Waffen tun.“ Und manchmal noch zynischer: „Das ist für die Dummheit!“

Meinen nächsten Mitarbeiter, Georgi Kossakowitsch Butow, Sekretär des Revolutionären Kriegsrates während des Bürgerkrieges, hat man verhaftet und unter unerhörten Bedingungen festgehalten; von diesem reinen und bescheidenen Menschen versuchte man die Bestätigung von bewußt falschen und unterworfenen Beschuldigungen im thermidorianischen Sinne zu erhalten. Butow antwortete mit seinem heldenmütigen Hungerstreik, der 50 Tage dauerte, und ihn im September dieses Jahres im Gefängnis aufs Sterbelager warf.

Vergewaltigungen, Schläge, Folter, physische und moralische, werden an den besten Arbeiter-Bolschewiken angewandt.

Das sind die Bedingungen, welche nach den Worten des Kollegiums der GPU der politischen Betätigung der Opposition und meiner insbesondere „nicht im Wege stehen“.

Die etwede Drohung, diese Bedingungen zu ändern, bedeutet nichts anderes als den Beschluß der Fraktion Stalins, die Verbannung durch den Kerker zu ersetzen.“

Deutschnationale gegen Arbeiterbildung

Ein Anschlag auf die Akademie der Arbeit.

Auf die in mühsamen Kämpfen des Vorjahres endlich etablierte Akademie der Arbeit an der Universität Frankfurt a. M. bereiten die Deutschnationalen ein Attentat vor. Ein im Hauptauschuß des Preussischen Landtages zur Beratung des Kulturgesetzes gestellter deutschnationaler Antrag fordert die Kürzung der für die Akademie vorgesehenen Mittel um 10 Proz.

Eine ernstholte Spornmaßnahme kann mit dieser Absicht nicht verbunden sein. Angesichts der bescheidenen Mittel, die der Ak-

Das bei Pamonowski gefundene Material ist offenbar überaltert und für die gegenwärtige Untersuchung von geringer Bedeutung.

Die in einem Teil der Presse aufgestellte Behauptung, daß Orloff der politischen Polizei Berlin Agentendienste gegen Deutsche Kommunisten geleistet habe, ist unrichtig. Daß Orloff 1922 aktiv an der Vorbereitung von angeblich geplanten Attentaten oder Anschlüssen gegen Tschiljcherin, Krassin und Rakowski beteiligt gewesen sein soll, ist bereits im Juni 1927 von der kommunistischen Presse behauptet worden. Das fernereit von der Staatsanwaltschaft I Berlin daraufhin sofort eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen Orloff mußte mangels jeglichen Nachweises einer strafbaren Betätigung Orloffs eingestellt werden. Das in diesem Verfahren erörterte

angebliche Beständnis des früheren russischen Stabssekretärs Eisingreen, der an der Vorbereitung zu diesen Anschlüssen beteiligt gewesen sein sollte, wurde von einer Reihe namhafter Pressestimmen als durch die GPU erprecht bezeichnet.

Hier konnten Inhaltspunkte für die Richtigkeit dieser Behauptung nicht festgestellt werden. Auch der Dokumentenfälscher Druschikowski hat bei seinen Vernehmungen durch die Berliner Polizei niemals den Namen Orloffs erwähnt. Beweismaterial für einen Zusammenhang der Fälschertätigkeit von Druschikowski und Orloff hat sich bisher nicht erbringen lassen. Die Erhebungen werden fortgesetzt, besonders nach der Richtung hin, ob das bei Orloff vorgefundene Material im Vergleich mit den von amerikanischen Seite in Aussicht gestellten Lichtbildern der Bonah-Dokumente den Schluß rechtfertigt, daß Orloff auch als Verfasser dieser Dokumente in Frage kommt. In gleicher Weise wird an der Hand von Lichtbildern des Sinowjew-Briefes eine etwaige Beteiligung des Orloff auch an dieser Fälschung eingehend nachgeprüft, ebenso auch die Frage nach seinen etwaigen Hintermännern und weiteren Gehilfen.

Zu der Behauptung eines kommunistischen Berliner Blattes, daß bis in die letzten Monate hinein Orloff von der Polizei als Zuträger und Denunziant des Bolschewismus Verdächtiger benutzt worden sei, ist festzustellen: Der Verdacht einer Fälschertätigkeit des Orloff tauchte Mitte vorigen Jahres bei der Berliner politischen Polizei auf. Die seit jener Zeit angefallenen sorgfältigen Beobachtungen und Erhebungen gaben in dem gleichen Augenblick zu einem Vorgehen gegen Orloff Veranlassung, in dem der amerikanische Journalist Knickerbocker seine Wahrnehmungen der Polizei mitteilte.

demie zur Verfügung stehen, würde sich bei Annahme des deutschnationalen Antrages praktisch ein Abschluß von nur 3000 Mark ergeben. Die wahre Absicht ist vielmehr die, die einzige ausgesprochene Arbeiterbildungsinstitution an einer deutschen Universität in ihrer weiteren Entwidlung zu gefährden.

Zuchbe, eine Niederlage!

Deutschnationale Freude über Genf.

Der Begriff des „Nationalen“ war lange Zeit unstritten. Durch das Verhalten der deutschnationalen Presse in den letzten Tagen scheint er jedoch hinreichend geklärt. Danach ist offenbar derjenige als „national“ anzusprechen, der sich freut, wenn das eigene Volk eine Niederlage erlitten hat.

Ein abschließendes Urteil über das Ergebnis der Genfer Minderheitsdebatte behalten wir uns vor, auch darüber, ob man ernstlich von einer „Niederlage“ Deutschlands sprechen kann. Für heute genügt es zu wissen, daß die deutschnationale Presse diese Niederlage behauptet und in den schwärzesten Farben schildert — und daß sie sich darob in Purzelbäumen der Freude überschlägt.

„Minderheiten-Blatte in Genf. Deutsche Niederlage“ verkündet Hugenbergs „Nacht Ausgabe“ triumphierend. „Ein großer Schlag, der daneben gung“ heißt die Uberschrift einer Kartatur, die Stresemann in lächerlichen Bogenstellungen und schließlich verbunden im Bette zeigt. „Briand reißt sich belustigt die Hände“ schreibt der „Totalanzeiger“. Und er selber tut es auch! Nicht einmal der Gedanke, daß eine wirkliche Niederlage für viele Millionen Deutscher jenseits der Grenzen ein schweres Unglück wäre, stört die Deutschen in ihrem Vergnügen. Hauptsache ist doch, daß der „Erbsind“ den mißliebigen Stresemann gründlich verdrückt. Dann sind sie für den „Erbsind“.

Und das überfließt sich vor Entzückung über die angebliche „Vaterlandslosigkeit“ der Sozialdemokratie. Man möchte mit zugekehrter Rückseite, den Kopf leicht nach links gedreht, zu ihnen sprechen: „Ihr seid mir [chene Patrioten!“

Die Spaltung vollzogen!

„Hilfsorganisationen für Ausgeschlossene“ in der KPD.

Dem Organ der Opposition in der KPD, „Gegen den Strom“ entnehmen wir folgende Mitteilungen, aus denen hervorgeht, daß die KPD bereits die organisatorischen Vorarbeiten zu einem eigenen Gewerkschaftsladen durchgeführt hat:

Am 21. Februar hat die Bezirksleitung Ostschlesien, Abteilung Gewerkschaft, ein Rundschreiben herausgegeben, in dem es heißt:

„Viele Genossen fürchten sich auf einer eigenen Liste zu kandidieren, weil dann die Gefahr der Ausschüsse besteht und sie trotz langer Mitgliedschaft in der Gewerkschaft dann weder Streik- noch Erwerbslosenunterstützung erhalten. Diesen Genossen ist zu erklären, daß die Partei eine Hilfsorganisation für Ausgeschlossene schafft. Dort zählen die Ausgeschlossenen einen Beitrag, der nicht höher als ihr Verbandsbeitrag ist und wenn gestreikt wird bzw. Erwerbslosigkeit eintritt, erhalten diejenigen, die der Hilfsorganisation angehören, die gleiche Streik- bzw. Erwerbslosenunterstützung, die ihnen sonst der Verband gezahlt hätte.“

Damit ist der Anfang mit der Gründung „revolutionärer Gewerkschaften“ gemacht! Alles weitere ist zwangsläufig. Die vom 4. RW-Kongreß beschlossene und vom 6. Weltkongreß bestätigte Linie muß unvermeidlich zur Bildung eigener „revolutionärer“ Gewerkschaften führen. Im engen Kreise machen die derzeitigen Parteistrategen gar keinen Hehl daraus. So hat Pieck, der sich wie eine ewige Krankheit durch alle Zentren forterbt und unwandelbar jeden neuen Mißgriff mitmacht, einem Genossen gegenüber erklärt:

„Die Bildung neuer Gewerkschaften ist unvermeidlich. Man kann das nur noch nicht an die große Glocke hängen.“

In Kiel hat der UB-Sekretär Bruhn in der Zelle Hochwald am Mittwoch, dem 20. Februar, erklärt:

„Jeder Genosse muß sich darüber klar sein, daß die neue Linie bedeutet: Neugründung von Gewerkschaften.“

Selbstverständlich! Wir haben schon deshalb nicht daran zweifeln können, weil die Möglichkeit einer Spaltung von Anfang nicht nur vorgesehen, sondern von Kosowitsch direkt vorgeschrieben war. Die Bildung von „Kampfgewerkschaften“, die Aufstellung von gemeinsamen Listen mit den Unorganisierten gegen die Listen der freien Gewerkschaften bei den Betriebsratswahlen konnte nichts anderes bedeuten als die planmäßige Spaltung.

Nun hat die KPD auch schon den Rahmen geschaffen, um die Neugründung kommunistischer Gewerkschaften durchzuführen. Interessant ist, daß die KPD dabei durchaus die „reformistischen“ Boden der ihrer Mitglieder berücksichtigt. „Keine Bange, daß ihr eure Unterstützungsansprüche einbüßt. Die KPD zahlt ebenso viel wie die Gewerkschaft.“

Das ist natürlich Bluff. Die KPD wird auch künftig bei Streiks den Beistand der UB, Schwinger und die Spaltung mit Bettelstücken abspießen. Den freien Gewerkschaften mit ihren fünf Millionen Mitgliedern und ihren wohlgefüllten Kassen ist es eine Kleinigkeit, 100.000 oder 200.000 Ausgesperrte oder Streikende zu unterstützen. Wenn aber z. B. die

Branchen der Berliner Rohrleger, die unter Leitung des Samjangan-angestellten Niederkirchner steht, sich von diesem verleiten ließe, aus dem Metallarbeiterverband auszutreten, dann möchten wir einmal sehen, was aus den Unterstützungsansprüchen der Rohrleger würde, wenn diese in einen längeren Kampf verwickelt wären. Aber was machen sich die Handlanger der Sowjetbehörden schon daraus! Die Hauptsache für sie ist, ihre Pfunde zu behalten. Moskau will es also wird die Spaltung vollzogen.

Die Parole ermangelt der Zugkraft.

Jena, 8. März. (Eigenbericht.)

In den Jenaer Großbetrieben Zeiß und Schott hat die KPD bei der Aufstellung der Betriebsratskandidaten äußerst empfindliche Niederlagen erlitten. Während im Glaswerk Schott bisher drei Kommunisten im Betriebsrat saßen, ist diesmal nur ein einziger als Kandidat aufgestellt worden. Bei den Zeißwerten, die 6000 Mann Belegschaft haben, fanden sich in einer überfüllten gewerkschaftlichen Betriebsversammlung, von der hunderte ununterrichteter Dinge zurückkehren mußten, ganze 20 Stimmen für die kommunistischen Kandidaten, so daß gegenüber den bisherigen 7 Kandidaten nunmehr kein einziger auf die freigewerkschaftliche Liste kommt. Die Stalinisten haben daraufhin eine eigene Betriebsratsversammlung einberufen, zu der ganze 50 Mann erschienen. Es wurde beschlossen, eine Liste der Unorganisierten aufzustellen.

Gehaltshewegung der Bankangestellten Geschlossene Front tut not.

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten hatte zu Donnerstagabend nach den „Germaniafäden“ eine öffentliche Versammlung der Berliner Bankangestellten einberufen, die einen überaus starken Besuch aufwies. Nach einem sehr instruktiven und fesselnden Vortrag des Genossen Prof. Lederer (Heidelberg) über „Löhne und Kapitalbildung“ begründete Gen. Emonts in längeren Ausführungen die Gehaltsforderungen, die den Bankangestellten unterbreitet werden sollen, da der Bankangestelltenarif am 31. März abläuft.

Durch Gegenüberstellung mit vergleichbaren Beamtengruppen des Reiches wies er eindeutig nach, daß die Gehälter der Bankangestellten, besonders jedoch die Anfangsgehälter, jammervoll schlecht sind. Dies ist aber nicht zuletzt auf die Bankangestellten selbst zurückzuführen, von denen es viele noch nicht mit ihrem „Standesbewußtsein“ vereinbaren können, sich der freigewerkschaftlichen Bankangestelltenbewegung anzuschließen. Hinzu komme noch, daß die sogenannten Standesorganisationen fast bei jeder Tarifbewegung entgegen dem Willen ihrer Mitglieder Sonderverhandlungen mit den Unternehmern führen, die nicht im Interesse der Bankangestellten liegen. Genosse Emonts sprach die Erwartung aus, daß diesmal alle Bankangestellten in einer Front zusammenstehen werden, um die Forderung, die in einer gleich-

mäßigen Erhöhung aller Gehälter um 40 % pro Monat gepflegt, durchzusetzen. Einleitend nahm die Versammlung eine Entschließung an, in der es heißt:

„Uebereinstimmend bewiesen die bereits vorliegenden Zeugnisse der Großbanken in ihren Geschäftsberichten, daß die Unternehmer des Bankgewerbes von sich aus nicht gewillt sind, diesen Forderungen ihrer Angestellten auf angemessene Entlohnung Rechnung zu tragen. Um so notwendiger hält es deshalb die Versammlung, daß die vom Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten erstrebte Einheitsfront aller Bankangestellten ohne Rücksicht auf die sonstige Organisationszugehörigkeit noch vor den bevorstehenden Tarifkämpfen endlich hergestellt wird.“

Die Versammelten versprechen ihrerseits, in den Betrieben alles zu tun, daß dieses Ziel des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten durch die unmittelbar betroffenen Angestellten von unten herauf verwirklicht wird.“

KPD. maßregelt organisierte Buchdrucker.

Chemnitz, 8. März.

Auf Beschluß der Chemnitzer Gauleitung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker wurde der Betrieb des „Ampier“ (Verlag Buchdrucker in Chemnitz) am Donnerstagabend für organisierte Buchdrucker gesperrt. Die Nachtschicht legte infolgedessen die Arbeit nieder. Der Grund zur Sperrung ist die gegen den Tarif und das Betriebsrätegesetz verstoßende, aus politischen Gründen erfolgte Maßregelung eines Setzers. Die „Chemnitzer Volksstimme“ teilt zu der Angelegenheit mit, daß in einer Betriebsversammlung der Buchdrucker Zustände der Beunruhigung zur Sprache kamen. Der Kampf gegen die Brandlerianer im Betriebe war von Szenen begleitet, die aller Beschreibung spotten. Ein besonders schwerer Fall ist die Verprügung eines eben erst von schwerer Krankheit genesenen Buchdruckers, der einen vollständigen Zusammenbruch erlitt und in die Nervenklinik gebracht werden mußte. Der Betrieb ist vorläufig gesperrt. Die Verhandlungen auf Wiedereinstellung des entlassenen Setzers sind gescheitert.

Buchdrucker, die in der 4. und 12. Partei-Abteilung organisiert sind, treffen sich am Sonntag, 10. März, 10 Uhr, bei Valentini, Krautzstr. 36.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Heute, Sonnabend, 9. März, 19 Uhr, im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 1, Einlaß 18½ Uhr. Die große Versammlung der „Revolution“! Mitwirkende: Alfred Becker, Schiller der Small, Hochschule für Kunst, Lieberkeil Berlin-West, RW 2008, Unkostenbeitrag 10 Pf.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Ankerellen

Heute, Sonnabend, 20 Uhr, Volkstanzkursus im Jugendheim Lehrter Straße 18-19.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geiger; Wirtschaft: G. Ringelblitz; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Götter; Freizeitsport: Dr. John Schillmann; Volkes- und Sozialfragen: Fritz Kerschke; Anzeigen: H. Glöck. sämtlich in Berlin. Berlin: Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. 100, Unter den Eichen 1. Dienst- und Verlags- und „Unterhaltung und Wissen“.

Amol hilft b. Rheuma, Schiela, Herenschuß, Nerven- und Gelenkschmerzen. — Darmstärker Amol ist in allen Apotheken und Drogerien erhältlich.

Großer Handschuh-Verkauf

Stoff-Handschuhe

Für Damen:

- Leinen-Imitation mit 2 Druckknöpfen, farbige 85 Pf.
- Schweden-Imitation mit Umschlagmanschette 95 Pf.
- Kunstseide mit moderner Manschette 1,75
- Leder-Imitation Spezialqualität „Hertie“, in allen Modellfarben, 2 Druckknöpfe 1,95
- Leinen-Imitation mit Manschetten, farbige 2,45
- Reine Seide mit doppelt Fingerspitzen, 2 Druckknöpfe 1,95
- Kunstseide mit neuartiger eleganter Manschette 2,90

Für Herren:

- Leinen-Imitation 1 Druckknopf 1,25
- Schweden-Imitation gelb, mit heller, schwarzer Aufsicht 2,45

Kinder-Handschuhe

- Leinen-Imitation mit 2 Druckknöpfen 78 Pf.
- Schweden-Imitation mit 2 Druckknöpfen 95 Pf.

Leder-Handschuhe

Für Damen:

- Glacéleder mit 2 Druckknöpfen 2,85
- Nappa-Stepper mit 2 Druckknöpfen 2,85 3,90
- Waschleder-Stepper waschbar mit Wasser und Seife, mit 2 Perimeterknöpfen 2,85
- Glacéleder mit moderner Manschette 3,90 4,90
- Waschleder moderne Schlaftform, waschbar mit Wasser und Seife 4,90
- Ziegenleder feine weiche Qualität, mit 2 Druckknöpfen 3,90 4,90
- Ziegenleder-Stepper mit eleganter Manschette 6,75

Für Herren:

- Nappa-Stepper mit 1 Druckknopf 3,90 4,90
- Waschleder-Stepper mit 1 Perimeterknopf, waschbar mit Wasser und Seife 4,90

Strumpfwaren

Für Damen:

- Mako oder künstl. Seide, Paar 95 Pf.
- Echt Mako oder Seidenfaser, moderne Strassenfarben, Paar 1,45
- Künstl. Seide schwarz oder farbige 1,95
- Bemberg oder Hertie-Seide/künstl. Seide, Goldtempel, Paar 2,95

Für Herren:

- Strapazier-Socken od. wollgem. Schweißsocken, Paar 78 Pf.
- Fantasie-Florsocken gemustert 1,45
- Eleg. Socken gute Qualitäten 1,95

Trikotagen

Für Damen:

- Unterzieh-Schlüpfer ausw. 65 Pf.
- Unterzieh-Hemdchen feine Baumw. 95 Pf.
- Schlüpfer echt Mako, in vielen Farben 95 Pf.
- Hemdchse echt Mako, in verschiedenen Ausführungen 2,45

Für Herren:

- Unterbeinkleid makofarbig od. wollgemischt 1,95
- Unterkleidung echt Mako, Jacke 1/2, offen 2,95
- Einsatzhemd kräftige Qualität, mod. Einsätze 2,95
- Hemd mit Doppelbrust 3,95

HERMANN TIEZ

Leipziger Straße / Alexanderplatz / Frankfurter Allee / Belle-Alliance-Straße / Brunnenstraße / Kolthuser Damm / Wilhelmsdorfer Straße / Andreasstraße

„Ich habe das nicht gewollt...“

Zwei Jahre Gefängnis für die Schlächterfrau Heiduck.

Christine Heiduck, die Schlächterfrau, die ihre Schwägerin in einem Wutanfall erschlug, wurde gestern vom Schwurgericht II zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Aus der Verhandlung ist nachzutragen, wie die Angeklagte selbst die Tat und ihre Beweggründe schildert. — Frau Heiduck schilderte zunächst mit ruhiger Stimme, dann aber mit wachsender Erregung, daß die ganze Familie am Nachmittag in den Zoologischen Garten gehen wollte. Sie habe sich aber nicht wohl gefühlt und wolle zu Hause bleiben. Ihr Mann erklärte darauf, daß er die Tür abschließen würde. Ihr sei das so eigenartig vorgekommen. Er habe sie aber angeberstelt, er lasse sein Haus nicht allein, noch sei er Herr im Hause. Schließlich sagte er aber zu seiner Schwester, Frau Birtnier — die Angeklagte spricht immer von der Verstorbenen — „dann bleibst du auch hier“. Trotz Einspruchs der Angeklagten sei ihr Mann aber darauf bestanden geblieben und allein mit dem Kinde weggegangen. Der Verstorbene pochte das nicht. Ihrem Gesicht war anzumerken, daß sie verärgert war. Nach der Darstellung der Angeklagten scheint es zu diesem Zeitpunkt oder noch zu keinen Zwistigkeiten gekommen zu sein, denn Frau Birtnier wollte ihre Schwägerin, die über ihr Gebenblafenleiden wieder klagte, sogar Tee kochen. Die Angeklagte legte sich halb ausgezogen ins Bett. Weinend fuhr Frau Heiduck dann fort: „Ich habe mir Sorgen gemacht und über die ganzen Verhältnisse nachgedacht, was geschehen sollte. Da ich nicht schlafen konnte, bin ich wieder aufgestanden und ins Zimmer gegangen, in dem die Verstorbene am Fenster saß und nähte. höhnisch sagte sie: „Mit Deiner Krankheit wird es nicht so weit sein, da hätte ich auch nicht zu Hause bleiben brauchen.“ Ich antwortete ihr, daß ich das ja gar nicht hätte haben wollen. Sie war sehr verärgert und muß aufgeheult worden sein. Schließlich sagte ich noch zu ihr: „Du machst mir nur das Leben noch schwerer, Ihr scheint alle unter einer Decke zu stecken. Das beste ist, ich gehe aus dem Hause.“ Die Verstorbene erwiderte darauf: „Was bildest du dir denn mit deinem paar Sechser ein. Mein Bruder hätte auch eine Frau mit mehr Geld haben können.“ Dabei lachte sie höhnisch auf und sagte noch: „Du hast dich ja nur in den Kneipen herumgetrieben, wie das mit den Kellnerinnen ist, weiß man ja.“ Ich war, so führte die Angeklagte weiter aus, sehr aufgeregt und ging vom Zimmer nach dem Boden und zurück, immer hin und her, die Tür stand offen. Den ganzen Tag schon hatte ich eine Unruhe, als ob mich jemand triebe. Nachdem meine Schwägerin die Worte gesprochen hatte, ergreift ich, als ich durch den Boden kam, das Bett und stürzte damit ins Zimmer.

Vorl.: Wo lag das Bett? Angekl.: (laut aufschluchzend): Es lag auf dem Bodenriss. Ich habe in der Aufregung gar nicht darauf geachtet, was ich sagte. (Seufzend schluchzend): Ich habe nicht die Absicht gehabt, jemandem das Leben zu nehmen.

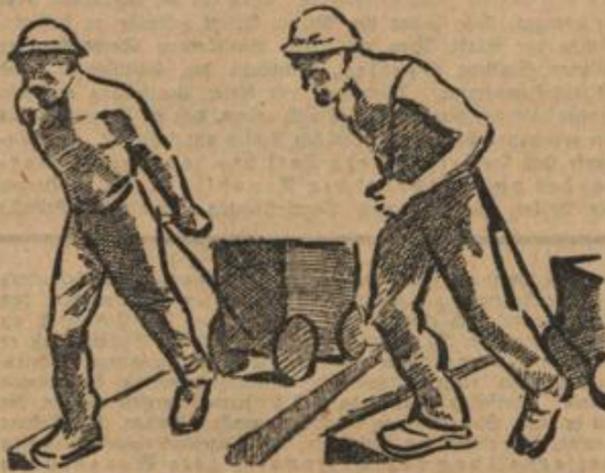
Vorl.: Wie haben Sie die Schwägerin nun wiedergefunden? Angekl.: Als ich wieder aufwachte, sah ich viel Blut an der Erde. Ich war furchtbar erschrocken und wußte gar nicht, was los war. Dann sah ich, daß die Schwägerin die Beine bewegte und habe sie angerufen. Sie antwortete aber nicht. (Laut schreiend und weinend:)

Ich habe das nicht gewollt, ich habe das nicht gewollt.

Die Angeklagte verfiel in Schreiträmpfe und fiel mit lautem Schloge auf den Boden. Die Gerichtsärzte bemühten sich längere Zeit um sie, bis sie, völlig zusammengebrochen und in sich gesunken,

wenigstens auf der Anklagebank sitzen konnte. — Landgerichtsdirektor Schneider kürzte die Vernehmung dadurch ab, daß er der Angeklagten die Einzelheiten der Tat, wie sie sie früher zugegeben hat, vorhielt. Nach anfänglichem Leugnen hatte die Angeklagte zugegeben, auf die Schwägerin eingeschlagen zu haben, und daß sie das auch wisse. Sie sei durch die Vorkhaltungen mit dem Gelde und ihrem früheren Beruf als Kellnerin aufs schwerste gereizt worden. Ob die Schwägerin geschrien habe, wisse sie nicht, glaube es aber nicht, denn sonst hätte sie es nicht getan. Die Angeklagte bestätigte meist durch Kopfnicken die Richtigkeit dieser Vorkhaltungen. Die Polizeibeamten und Kriminalkommissare, die zu dem Tatort herbeigerufen worden waren, schilderten das Benehmen der Angeklagten nach der Tat. Nach ihren Angaben hatte Frau Heiduck nach der Tat ohnmächtig am Boden gelegen, und als sie aufwachte und merkte, was geschehen war, tat sie alles, um ihre Täterschaft zu vertuschen. Sie blieb freiwillig im Präsidium und bat am nächsten Tage um ihre Vorführung. Da gestand sie die Tat

Richtig - falsch.



Links richtig, rechts falsch (baldige Ermüdung, Möglichkeit eines Unfalls)

Die Unfallverhütungpropaganda nimmt in unserer Zeit, da Verkehr und Fabrikbetrieb an die Aufmerksamkeit des Einzelnen ganz besondere Ansprüche stellen, immer breiteren Umfang an. Als wirkungsvollstes Mittel hat sich in erster Linie das Bild und das plastische Modell erwiesen. Noch reaktiver geht man in Amerika vor, wo man zur Warnung für zu schnell fahrende Automobilisten einfach ein zertrümmertes Auto auf einem Sockel stellt und mit einer eindringlichen Aufschrift versehen. In Deutschland finden 300 bildliche Darstellungen, die der Verband der Berufsgenossenschaften herausgegeben hat, gegen die Gleichgültigkeit bei Gefahren auf der Straße und im Betrieb anzukämpfen. Durch kurze, schlagwortartige Begleittexte sollen in Verbindung mit dem Bild, das auf eine mögliche Katastrophe hinweist oder die Katastrophe selbst darstellt, die Aufmerksamkeit des Arbeiters erregen und ihn immer von neuem die Zweckmäßigkeit von Schutzmaßnahmen vor Augen führen. Durch häufiges Wechseln der Bilder sucht man immer andere Gefahrenquellen aufzuzeigen.

mit allen Einzelheiten ein. Med.-Rat Dr. Dyrenfurth, der die Obduktion vorgenommen hatte, erklärte, daß der Tod der Frau Birtnier während der Operation erfolgt war. Die schweren Verletzungen am Schädel mußten durch vier bis acht mit voller Kraft geführte Schläge mit der stumpfen Seite des Beiles verursacht worden sein.

Dann wurde der Bekannte vernommen, der an dem fraglichen Sonntag bei dem Ehepaar gewesen war. Er traf Frau Heiduck sehr zerquält und zermürbt in offenkundiger seelischer Bedrängnis an. Aber weder sie noch ihr Mann sprachen mit ihm über ihre Ehe. Nur in ihrer Abwesenheit erklärte der Mann kurz, daß er wegen mangelnder Betreuung des Kindes seine Schwester zurückgerufen hätte. Der Zeuge erklärte ebenso wie ein anderer Freund des Schlächters Heiduck, daß sie den Mann als strenggläubig und moralisch einwandfrei kennen, der jederzeit fest zu seiner Familie stehen wird. Der Schlächter Heiduck, als Zeuge ausgerufen, trat, ohne Notiz von seiner Frau zu nehmen, vor den Richterlich und erklärte, im Gegensatz zu seiner am Morgen geäußerten Absicht, keine Aussage verweigern zu wollen. Außerdem müsse er so schnell wie möglich nach Breslau zurück, weil er seine dortige Stellung auf keinen Fall vernachlässigen könnte.

Nachdem er entlassen war, wurde das Wehrmädchen Marta Lange vernommen. Sie erklärte auch, daß die Ehe gut war, solange das Kind fort war. Ihrer Ansicht nach war die Frau zu streng zu dem Kind, das allerdings auch sehr ungezogen war. Die Frau war bei jeder Kleinigkeit sehr aufgeregt und äußerte oft, daß das Leben keinen Zweck mehr für sie hätte. Die weiteren Zeugen, Hausbewohner und Freundinnen, stellen der Frau das beste Zeugnis aus, während sie den Mann als brutal und rücksichtslos schildern. Frau Heiduck wäre stets außerordentlich sauber und arbeitsam gewesen und hätte sich als ordentliche Hausfrau geführt. Schließlich kam in der Verhandlung zur Sprache, daß der Schlächter Heiduck sehr sowohl die Anfechtung wie auch die Scheidung von seiner Frau beantragt hatte. Die Anfechtung der Ehe wird damit begründet, daß die Frau außer ihrem früheren Verhältnis zu Pausstadt auch in Anmierskneipen tätig gewesen ist. Der Scheidungsantrag liegt die zur Verhandlung stehende Tat zugrunde. Die Angeklagte wendete sich sehr über diesen Antrag ihres Mannes, da er ihr fast bis zuletzt Briefe ins Gefängnis geschickt hat, in denen er sie sehr bedauerte, ihr ihre Tat vollkommen verzieh und sie auf bessere Zeiten vertröstete. Zum Geburtstag schickte er ihr Gratulation und Blumen ins Gefängnis. Die Sachverständigen, die Medizinalräte Dr. Hemmerich und Woter, schilderten die Angeklagte als einen psychopathischen, labilen Menschen, der auf jeden Reiz ungewöhnlich reagiert, aber durch diese Affekterregtheit wurde wohl eine Beeinträchtigung, jedoch keine Störung des Bewußtseins hervorgerufen. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Gefängnis.

Das Urteil lautete unter Zubilligung mildernder Umstände auf zwei Jahre Gefängnis, sechs Monate wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet. Die Haftentlassung der Angeklagten wurde vom Gericht abgelehnt; ebenso im gegenwärtigen Augenblick die Bewährungsfrist für einen Teil der Strafe. Ein gesundes Rechtsempfinden, führte Landgerichtsdirektor Schneider aus, müsse dem Umstände Rechnung tragen, daß die Angeklagte eine Frau, die Mutter eines Kindes, die ihr nichts als eine Beleidigung zugefügt habe, in bestmöglicher Weise zu Tode geprügelt hat. Bei aller Berücksichtigung der Psyche der Täterin erschien die erteilte Strafe für angemessen.

Der 101 jährige Berliner gestorben.

Valentin Adamczak, einer der ältesten Ritzbürger Berlins, geboren am 30. Januar 1928, ist am 7. März im städtischen Hospital Buch verstorben. — Wir haben über den alten Vondarbeiter, der seinen Lebensabend im Hospital Buch verbrachte, zuletzt aus Anlaß seiner Geburtstagsfeier, wiederholt berichtet.

Der Aufruhr des schiefen Calm

Roman einer Revolution. Von Gezael Heemann Mostae

Als man aus dem Städtchen hinaus war, fanden die Pferde den Weg allein. Der Himmel war bewölkt, es war fast winterlich dunkel. Die ungeriebenen Felle auf dem Wagen rochen unangenehm nach Tierblut. Das Land zu beiden Seiten war flacher Rübenacker, die lange Fahrt war entsetzlich langweilig. Kugelgen in der stierenden Schoßkelle versuchte talnubidisch zu denken, um das Verhalten des frommen Juden zu verstehen. Es gelang ihm nicht, er gab es bald auf; aber er mußte ein Gespräch anknüpfen, um nicht einzuschlafen.

„Ihr Geschäft scheint gut zu gehen, Herr Calm?“ „Ich will nicht reden von Geschäfte am Schabbes,“ trurrte Calm störrisch. Der Kammerherr schwieg müde.

Aber gleich darauf fuhr Calm doch fort: „Ich muß weit jenuch fahren, damit daß ich kriege de Felle un kann vertooßen de Häute. In Bärnborch tooft keener nich von mich.“

Kugelgen überließ eine leise Angst. Nur nicht auf die Sache von damals kommen — er dachte an die bezeichnende Gebärde des Birtes, entlann sich gehört zu haben, daß Calm am Tage nach seiner Amnestierung von einem schweren Neurotiker befallen worden und geistig nie wieder ganz gesundet sei.

„Es is meine letzte Fahrt,“ sagte Calm, laut und schwer. „Zu Heus is mich allens jepsündet.“ Und nach einer Weile Schweigen nochmal: „Es is meine letzte Fahrt.“

„Dann werden Sie zu Ihrer Tochter ziehn?“ Kugelgen freute sich, daß er durch seine Frau über alle im Städtchen bekantschten Dinge informiert war — so auch darüber, daß die junge Frau Dellendahl Calms Tochter war.

„Ne; er, was Dellendahl is, will nicht nich wissen von mich — seit damals... Es wäre schon von ihm jewān sehre jut, dohn er de Sarah immerhaupt hat jeherat, san de Weite. Un es is je woll oo ja.“

Kugelgens Angst schwand. Der gutmütige Kammerherr empfand mit der Ruine eines Menschen da neben ihm ein tiefes Mitleid, fühlte Calms Drängen nach einem Sidaus-sprechentönnen, das der lange Vereinsamte sich selbst nicht ausgab. Er suchte sich das Bild der Frau Dellendahl herzustellen, die zu früh nach der Hochzeit ein auffallend schönes Kind, ein Mädchen geboren hatte, und nach diesem Aufblühen ihres Körpers in der Bernburger guten Gesellschaft, der sie nun angehörte, ein schweigsames, rätselhaft hindämmerndes Ekendasein führte.

„Aber Ihre Tochter“

„Die darf doch nicht. Ich weech doch oo nicht, ob'n je will. Die is so, wiß'n Se...“ Calm kam hier nicht weiter. Er hatte in einem Ausdruck für das Wesen seiner Tochter gefunden, dachte an die Fahrt vom Harz heimwärts, zur Verhaftung. „Se will mich jo menniesma was lassen zustecken. Ich würde's jo nich nähmen, awmer wo's doch die Kleene bringet...“ Seine Stimme war für einen Augenblick etwas heller gewesen. Gleich wurde sie wieder heiser und brüchig. „Ich hamwe's jo jemucht, dohn ich Sarah weechjed von mich, janz wech, wien se Dellendahl nahm. Sie is nu awen bei de Christen, un ich bin e Keener, krüpplicher Jud.“

Der Mann ist nicht verrückt, dachte Kugelgen. Der Mann hat zuviel Leiden erlebt und zuviel Leiden verschwiegen. Das ist alles.

„Aber Calm,“ tröstete er, „dieser Unterschied ist doch nicht mehr so groß!“

Calm blieb plötzlich stehen, auch die Pferde standen mit ihm. Er trat an die Schoßkelle, wandte sich mit vollem Gesicht zu Kugelgen.

„Das is nicht mehr so, Harr Baron? Ich wär Sie so'n: ich weech, Sie wunden sich, daß een Uffrichter is en fläubiger Mensch. Nu, wie ich das hamwe jemacht damals, war ich nich. Wies hat jehesehen, dohn dār Harzog mich nich fahn wolle uff de Straße, han mich jeschmitt meine eesenen Taubensjensossen. Denn is zu mich jekommn dār Harr Kapell-maester Wagner —“

„Wagner zu Ihnen?“ „Jawoll. Mit Muß un Berie un Jedanken un so, jechene Jedanken. Denn bin ich weechjensagen von meine Reite un bin jensagen zu die Gojim. Un wiß'n Se, worum? Hā? Calm wies mit einer flatternden Gebärde über das Rübenland. „Desmäin, Harr Baron! Anne Heemat hamwe ich wolln han, die mein Koll nich hat, anne Heemat for“

Christen un Juden, for Menschen, Harr Baron! Keen Fremder wollte ich nicht mehr sind in das Land, wo ich immer bin durchjefahren... die Freiheit Roms sei das Befehl, ihr untertan an jeder Römer — bloß deswäjen.“ er wies wieder mit der gleichen Gebärde über das Land, „flown Se's nicht!“

„Gewiß, gewiß!“ sagte der erschrockene Kugelgen beschwichtigend.

„Mein Tochterle hamwe ich hinjefawen an die Gojim, troj dār Rabbiner — nu un? Ru un? Nich mehr ankund tun mich de Juden, un de Christen? Ein Krampf schüttelte seinen Körper. „Ausjelaht han se mich, auslachen tun se mich! Verworfen bin ich von beede, verworfen un ausjelaht, das hamwe ich dabervon, das weech ich nu. Awmer ob Gott mich hat verworfn un ausjelaht, das weech ich nicht, Harr Baron. Solange wie ich das nicht weech, halte ich mich zu ihm, wie er zu mich hält — vielleicht...“

Er drehte sich jäh um und ging wieder weiter. Die Pferde folgten. Kugelgen schwieg lange; dann wollte er die Selbstqual seines Weggenossen lindern, wollte einen offenen, herzlichen Scherz machen.

„So hind Sie nun, Calm!“ sagte er heiter. „Und das ist gut so. Herrgott, was habe ich mir dereinst vorgestellt unter heder-Calm!“ Er lachte fröhlich.

Da, beim Hören des Namens, des Nachens, fuhr Calm jählings herum, mit irr flatterndem Gesicht, sprang in die Schoßkelle, sein Arm durchstaukte die Luft — beinahe hätte der Kammerherr eine schallende Ohrfeige bekommen, er duckte sich rechtzeitig, mußte sich im nächsten Moment an Calm anklammern: der hatte die Fügel in seine Hand gerissen, sein wirres Hirn hatte den Schabbes vergessen, er schlug mit der Peitsche auf die Pferde ein, sie galoppierten, der Wagen raste wirr schwankend über die schlechte Straße —

„Calm — Calm,“ rief Kugelgen fortgesetzt, aber der hörte nicht, fuhr weiter — nur einmal, als im Westen die Silhouette des Schlosses trüb auftauchte, schlug er mit der Peitsche durch die Luft und schrie: „Cenna hats jebrennt — ich hamwes jefahn — un es steht doch noch — awmer cenna brennt!“

Dann laut die Peitsche. Dann schloß sich der zitternde Mund, der schon greisenhaft war. Dann fiel die gerechte Gestalt in sich zusammen, die Pferde zogen den Wagen gemächlich aufs Pflaster zwischen den ersten Häusern. Calm sagte hilflos und demütig: „Nicht for unjut, Harr Baron. Bitte, sein Se nich beele. Es kumet menniesma so.“

(Fortsetzung folgt.)

Rationalisierung und Kartelle.

Was lehrt der Index der Kartellpreise?

Es ist erfreulich, daß das Institut für Konjunkturforschung in der letzten Zeit der Preisbeobachtung ganz besondere Aufmerksamkeit schenkt. In den beiden letzten Vierteljahreshälften ist besonders die Entwicklung der verbandlich geregelten Preise (Kartell- und Monopolpreise) und der freien Preise unterzucht worden. Das Konjunkturforschungsinstitut beschränkt sich hierbei auf die Warengruppe: industrielle Rohstoffe und Halbwaren, wie sie im Großhandelsindex ausgewählt sind, und kommt dabei zu folgenden hochinteressanten Entwicklungsergebnissen:

	Freie Preise	Geregelte Preise
		1925 = 100
Januar 1926	91,8	98,8
1927	85,7	97,5
Juli 1927	91,3	97,7
Januar 1928	93,1	97,9
Juli 1928	83,8	99,7
Oktober 1928	90,5	100
Januar 1929	86,9	100,6

Die Preisbildung der nichtkartellierten Produkte verläuft vollkommen verschieden von der der verbandlich geregelten Waren. Die freien Preise folgen dem Konjunkturverlauf: Das Preisniveau erhöhte sich im Verlauf der Konjunktur des Jahres 1927, auch noch in der ersten Hälfte 1928, zeigte aber dann bei rückgängigem Konjunkturverlauf eine erhebliche Abschwächung. Die kartellierten Produkte zeigen im Konjunkturaufstieg einen geringeren Preisanstieg, sind aber auch noch in der jetzigen Depressionsperiode weiter gestiegen. In den letzten 12 Monaten sind die freien Preise um etwa 7 Proz. zurückgegangen, die verbandlich geregelten Preise dagegen um 2,5 Proz. gestiegen. Das Preisniveau der freien Preise liegt, auch im Zeitpunkt der höchsten Preisstiege, ganz bedeutend unter, die Preise der kartellierten Industriegruppen liegen dagegen heute bereits wieder über dem Niveau des Jahresdurchschnitts 1925.

Die Verbesserung der Produktionsmethoden, die Erhöhung der Arbeitsleistung, die Modernisierung und stärkere Ausnutzung der Produktionsanlagen — kurz der mehrjährige Rationalisierungsprozess — hat bei der kartellierten Industrie zu fesselnder Preisverbilligung geführt, im Gegenteil, das Preisniveau der kartellierten Produkte liegt heute höher als vor Beginn der Rationalisierungsperiode.

Dabei scheint es noch zweifelhaft, ob die Berechnung des Konjunkturinstituts schon ein volles Bild der Auswirkungen der deutschen Kartellpolitik auf die Preisbildung gibt. Der Index der verbandlich geregelten Preise umfaßt nur industrielle Rohstoffe und Halbwaren. Dagegen sind die industriellen Fertigfabrikate, bei denen heute gleichfalls zu einem erheblichen Teil Preisbindungen vorliegen, nicht berücksichtigt. Nach dem Wägungsschema des Großhandelsindex entfallen auf die vom Konjunkturinstitut erfaßten Verbundwaren nur etwa 29 Proz. des gesamten deutschen Verbrauchs an Industriewaren, während in Wirklichkeit das weitmaschige Netz von Preisconventionen und Syndikaten heute einen viel größeren Teil der deutschen industriellen Produktion umfaßt.

Die Preispolitik der Verbände der industriellen Fertigwarenherstellung, die nicht so stark von der Offenheit beobachtet wird wie die Preispolitik der Grundstoffindustrien, zeigt dabei gerade in der letzten Zeit offensichtliche Überbinnungen, weit über das eventuell durch Verzerrung der Produktbedingte Maß hinaus. Aus der großen Zahl derartiger u. a. in ihrem Umfang unberechtigten Preisrückführungen der letzten Zeit seien hier nur ein paar Stichproben gegeben. Die Landmaschinenindustrie erhöhte die Preise im Vorjahre um 5 bis 10 Proz., der Wirtschaftsoverband der Uhrenindustrie im gleichen Umfang, die Verbände der Porzellanindustrie erhöhten im April vorigen Jahres ihre Preise um 3 Proz., nachdem sie im Jahre zuvor ihre Grundpreise um 9 Proz. gestiegen hatten, der Rüsternverband setzte im Vorjahre seine Preise zweimal um insgesamt circa 10 Proz. darauf und verringerte gleichzeitig die Handelsrabatte um 5 Proz., der Verein deutscher Gummiriesenfabrikanten erhöhte im Oktober die Preise für Gummireifen, nachdem die Gummipreise dauernd herabgegangen waren, um 10 Proz. Die gleiche Preisrückführung nahm die Seidenwarenerzeugung im Vorjahre vor. Die Spielwarenfabrikanten haben nach im Februar dieses Jahres die Lieferantenpreise für die preisgebundenen Artikel um 3 bis 10 Proz. erhöht. Das sind ein paar Beispiele, die sich beliebig vermehren ließen.

Der Fertigwarenindex liegt heute noch immer um fast 15 Proz. über dem Niveau von Anfang 1927. Diese außerordentliche Steigerung ist sicherlich zum Teil auf die rückstufende Preispolitik der Fertigwarenerzeuger zurückzuführen. Demgegenüber begegnet man freilich auch einigen Preisrückführungen für verbandlich geregelte Fertigwaren, so zum Beispiel für Aluolam, ferner für Maschinenöl, hier interessanterweise unter dem Druck der ausländischen Lizenzfirma, aber sie sind in verschwindender Rindenzahl.

Es wäre sehr wünschenswert, wenn das Konjunkturinstitut seine Preisuntersuchungen auch auf diese Produktionsgebiete erweitern müßte. Da in den Index sowohl der verbandlich geregelten wie der freien Preise ganz verschiedenartige Waren eingehen, wäre

Fiasco der Gefrierfleischdrofflung

Die Massen leiden. — Ruhlos für den Landwirt. — Fehler wieder gutmachen!

Immer wieder läuft die Landwirtschaft gegen das zollfreie Gefrierfleischkontingent Sturm, weil den Bauern von ihren Führern eingeredet wird, daß die billige Gefrierfleischzufuhr die Rindviehpreise drücken und dadurch die Landwirtschaft schädige. Die Agrarier haben es ja unter dem Landhundminister Schiele im vorigen Jahre tatsächlich durchgesetzt, daß das zollfreie Gefrierfleischkontingent von 120 000 Tonnen zuerst auf 100 000 Tonnen und dann sogar auf 50 000 Tonnen, also auf die Hälfte, herabgesetzt wurde. Alle Proteste der Verbraucherseite und alle Hinweise darauf, daß das Gefrierfleisch in der Hauptsache im Haushalt der allerärmsten Verbraucher die einzige Fleischnahrung bilde, und daß die Befreiung der Einfuhr von Gefrierfleisch die Steigerung des inländischen Fleischverbrauchs auswirken könnte, weil das inländische Fleisch für diese Verbrauchergruppen zu teuer ist, blieben erfolglos. In brutaler Weise setzte der Bürgerblock damals die Verminderung der zollfreien Gefrierfleischzufuhr durch, um mit diesem Erfolg der deutschnationalen Wirtschaftspolitik bei den Bauern Agitation treiben zu können. Dem Agitationsbadirnis des Landhundes wurden die Ernährungsinteressen der ärmsten Kreise der städtischen Bevölkerung geopfert.

Nachdem ein Jahr ist seit dieser Grobheit des „Ernährungs“-Ministers Schiele vergangen. Es ist interessant, einmal nachzuprüfen, welche Vorteile die Einfuhrdrofflung des zollfreien Gefrierfleisches für die Landwirtschaft gebracht hat. Die Schweinepreise sind seit dieser Zeit gestiegen. Aber das liegt nicht im geringsten an der Berringerung des Gefrierfleischverzehrs, sondern an dem von jedem Kenner des Schweinemarktes im Sommer 1928 erwarteten und dem auch eingetroffenen konjunkturbedingten Rückgang des Schweineauftriebs. Weber die Drofflung der Gefrierfleischzufuhr noch das landwirtschaftliche Notprogramm haben mit dieser Preisbesserung für Schweine das geringste zu tun, obwohl Herr Schiele in jeder Landbundesversammlung die Hebung der Schweinepreise als sein persönliches Verdienst hinstellt.

Dies wird besonders klar, wenn man die Entwicklung des Rindermarktes betrachtet. Obwohl das Gefrierfleisch Rindfleisch ist und die Berringerung der Gefrierfleischzufuhr sich vor allem in einer Hebung der Rindviehpreise hätte auswirken müssen, sind die Rindpreise im letzten Jahr nicht nur nicht gestiegen, sondern, was allerdings zum größten Teil auf die schlechte Heuernte zurückzuführen ist, im Herbst sogar sehr stark gefallen. Auch hier ist also von einem Vorteil der Landwirtschaft als Folge der Einfuhrdrofflung des zollfreien Gefrierfleisches nichts zu merken.

Genau so, wie wir es vor einem Jahre vorausgesagt haben, ist

es gekommen: der verminderte Gefrierfleischverbrauch ist nicht durch entsprechende Steigerung des Verbrauches von deutschem Fleisch ersetzt worden. Außerordentlich deutlich geht dies aus einer Untersuchung des Hamburger Statistischen Landesamtes hervor. Durch die Kontingentsfözung hat sich dort der Gefrierfleischverbrauch, der bis in den April 1928 0,91 Kilogramm pro Kopf der Hamburger Bevölkerung und Rantat betragen hatte, auf 0,86 Kilogramm vermindert. Das Statistische Landesamt stellt nun fest, daß trotz dieses erzwungenen Verbrauchsrückganges an Gefrierfleisch der Verbrauch an Schweinefleisch nicht gestiegen, sondern sogar gesunken ist. Auch der Rindfleischverbrauch hat sich nur um 1200 Tonnen gesteigert, während der Ausfall an zollfreiem Gefrierfleisch 4400 Tonnen betrug. Von der noch fehlenden Menge von 3200 Tonnen sind nur 800 Tonnen durch Verbrauch hoch verzollten Gefrierfleisches ausgeglichen worden. Es ist also tatsächlich ein Verbrauchsrückgang von 2400 Tonnen Fleisch eingetreten.

Das bedeutet nicht etwa nur einen Verbrauchsrückgang von 3 Mio. Fleisch jährlich pro Kopf der gesamten Hamburger Bevölkerung, sondern, da der Gefrierfleischverbrauch sich bei den armen Verbrauchergruppen konzentriert, keinen Verbrauchsrückgang bei der reicheren, aber eine Zusammenpressung des Fleischverzehers bei den ärmeren Klassen von circa 30 Kilogramm auf 5—10 Kilogramm pro Kopf. Die ärmste Bevölkerung hat, was im Interesse der Ernährung und Gesundheit geradezu als katastrophal erscheinen muß, ihren Fleischverbrauch bis auf einen Bruchteil eingeschränkt.

Ähnlich wie in Hamburg dürften die Verhältnisse in den übrigen Zentren des Gefrierfleischverbrauchs, im westlichen Industriegebiet und in Berlin vor allem liegen, was angesichts der durch die große Arbeitslosigkeit verursachten Verdienstausfälle eine schwere Gefährdung der Ernährung bedeutet. Demgegenüber hat die Gefrierfleischdrofflung der Landwirtschaft nur eine minimale Abkühlung von Vieh und Fleisch gebracht.

Dieses klägliche Ergebnis bedeutet ein völliges Fiasco der Gefrierfleischpolitik des Bürgerblocks. Es ist nunmehr klar erwiesen, daß die Einfuhrbeschränkung des zollfreien Gefrierfleisches, die eine schwere und untragbare wirtschaftliche Belastung und Unterernährung der ärmsten Verbrauchergruppen zur Folge hat, sich nur zu einem kleinen Bruchteil in der Steigerung des inländischen Fleischverbrauchs auswirkt. Ruhen für die Landwirtschaft und Schaden für die Verbraucherseite stehen also in gar keinem Verhältnis zueinander. Es gibt hier nur eine Schlusfolgerung: Hände weg vom zollfreien Gefrierfleischkontingent und sobald als möglich wieder Erhöhung der zollfreien Einfuhr.

es unbedingt wünschenswert, wenn nicht bloß der Gesamtindex, sondern ausführlich die genannten Untergruppen, d. h. die Kartellpreise jeder einzelnen Ware veröffentlicht würden.

Die Aufgabe des Konjunkturinstituts ist, wirtschaftliches Erkenntnismaterial zu sammeln und die wirtschaftlichen Zusammenhänge aufzuzeigen. Aufgabe der Wirtschaftspolitik wird somit ein Ausbau der staatlichen Kontrolle über die kapitalistischen Monopole, wie sie von der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften schon längst gefordert wird, zur dringlichsten wirtschaftlichen Gegenwartsaufgabe.

Hüttenindustrie bei Magdeburg.

Industrielle Großprojekte.

Zwischen der Stadt Magdeburg und einigen Großkonzernen sind Abmachungen über die Erschließung eines neuen Industriegeländes im Norden der Stadt getroffen worden. Es handelt sich in der Hauptsache um die Errichtung eines Industriehafens, den Bau eines Elektrizitätswerkes von 100 000 Kilowatt Nennleistung und die Gründung einer Zinkhütte. Der Bau der Zinkhütte geht auf die schlesische Bergwerksgesellschaft Giesche zurück, die über die äußerst ergiebige Bleischiefergrube in Deutsch-Oberschlesien verfügt, ihre verarbeitenden Betriebe aber durch die Teilung Oberschlesiens an Polen verloren hat. Bisher wurden die Erze der Bleischiefergrube in polnischen Gabelten verarbeitet, die unter Kontrolle des amerikanischen Horrison-Konzerns stehen. Die Hütte in Magdeburg, die nach dem elektrischen Verfahren arbeiten wird, soll zunächst eine Produktion von 40 000 Tonnen haben, die später auf 60 000 Tonnen zu steigern ist. Nach den Verträgen müssen die Bauten bis Frühjahr 1933 fertiggestellt sein. Die Kosten werden auf 35 Millionen Mark geschätzt. Die Giesche-Gesellschaft wird die Finanzierung wohl mit Hilfe von Privatkonzernen durchführen, nachdem eine Zeitsung die Inanspruchnahme von Krediten des preussischen Staates erörtert wurde.

Giesche hat sich wahrscheinlich für Magdeburg entschieden, weil sie in Mitteldeutschland für die bei der Zinnerzeugung anfallende Schwefelsäure bessere Abgabemöglichkeiten und außerdem in Magdeburg durch Elbe und Mittelkanal die Möglichkeit hat, die benötigten Erze leichter heranzuführen.

Bilanz im Schokoladen-Welttruff.

Das Hauptunternehmen des internationalen Schokoladen-truffs, Nestlé in Zürich, steigerte seine Gewinne im letzten Jahr von 21,4 auf 23,6 Millionen Schweizer Franken und setzte seine Dividende von 10 auf 12 Proz. hinauf. Diese stork mit englischem Kapital durchgeführte Gesellschaft, die etwa 50 Werke und über 300 Niederlassungen in allen Erdteilen besitzt, hat sich durch den kürzlichen Erwerb des führenden deutschen Schokoladenunternehmens, der Sarotti K. G. Berlin, einen sehr starken Stützpunkt auf dem deutschen Inlandmarkt geschaffen. Zu gleicher Zeit hat dieser Truff auch die Saugpumpe in der Schweiz angelegt und die Peter-Callier-Kohler-Schoko-

ladenfabrik in Zürich aufgekauft. Nach Durchführung der beabsichtigten Kapitalerhöhung wird das Aktienkapital von Nestlé fast 100 Millionen Schweizer Franken oder 80 Millionen Mark betragen.

„Landeshalt.“ Unter dem Namen „Landeshalt“ gibt das Reichsministerium für Technik in der Landwirtschaft zwei Korrespondenzen heraus, mit denen im Interesse einer schnelleren Rationalisierung der deutschen Landwirtschaft die Dofferrückfälle für die fortschreitende Mechanisierung auf dem Lande und der Bauer schneller für die Maschine gewonnen werden soll. Es ist zweifellos, daß die Maschine auf dem Lande noch eine auch nicht entfernt abzusehende Zukunft hat. Der stärkste Schicksel wird dabei die Einsicht und das Bestehen des Bauern selbst sein, die rein körperliche Arbeit endlich auf ein erträgliches Maß für sich und seine Familie zurückzuführen. Die enorme kulturelle Bedeutung der Maschine für das Land hat sich an den besten in Dänemark gezeigt, wo auch in mittleren und kleineren Betrieben das kulturelle Niveau des Landvolkes sich nicht zuletzt deshalb so stark und so schnell gehoben hat, auch sehr zum Vorteil der Industrie, weil die konzentriertere und kürzere Maschinenarbeit den Bauern Zeit und Ruhe und der heranwachsenden Generation Zeit und Gelegenheit zu weitgehender landwirtschaftlicher Vorbildung gegeben hat.

„Geldleistungen für Küstentischer.“ Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat den von den Frostwirkungen besonders hart betroffenen Küstentischen Zinszahlung und Tilgung der Reichsdarlehen bis 1. Juli 1929 gestundet.

„Fast eine halbe Milliarde neue Spareinlagen im Januar.“ Ende Januar 1929 belief sich der Stand der Spareinlagen bei den deutschen Sparkassen auf 7413,9 Millionen gegen 6988,2 Millionen Ende Dezember 1928. Der Zugang im Berichtsmontat beträgt mithin 425,7 Millionen Mark (21,8 im Dezember).

Pfarrer Heumanns Heilmittel

stets auch vorrätig in den Niederlagen.



- Klaus-Apothek**
Berlin N 31, Anklamer Straße 23,
a. d. Ecke Brunnenstr. 3 Min. v. Rosenthaler Pl.
- Adler-Apothek**
Berlin - Friedanan, Rheinstraße 16.
- Friedrich-Wilhelm-Apothek**
Charlottenburg 2, Leibnizstraße 109
- Neeges-Apothek**
Berlin O, Gubener Straße 33
- Schwetzer Apothek**
Berlin W 8, Friedrichstraße 173
- Boscu-Apothek** **Hilwilde-Berlin**

Das Pfarrer-Heumann-Buch (272 Seiten, 130 Abbild.) erhält jeder Leser umsonst und portofrei von Ludwig Heumann & Co., Nürnberg M 45.

Am 3. März entließ laut nach längeren, schweren Krankenlager meine liebe Frau und unsere gute Mutter, Frau

Auguste Schmidt

geb. Roschewski
einen Tag nach Vollendung ihres 66. Lebensjahres.

Im Namen der Hinterbliebenen
Franz Schmidt, Max Schmidt,
Hr.-Schöneberg, Grunewaldstr. 16.

Trauerfeier am Montag, 11. März,
17 Uhr, im Avenatorium Bismarck-
hof, Berlin, Straße 101/102.

Am 3. März verstarb nach langem schweren Erkranken unter lieber Vater und Großvater

Hermann Großmann

im 85ten Lebensjahre

Familie W. Großmann
Die Einäscherung findet am Montag,
den 11. März 1929, 13 Uhr, im
Krematorium Heumühlentempel statt.

Maßanfertigung

Eleg. Herren-Garderoben
Tadellos Sitz garantiert.
in- und ausländische Stoffe
Konfirmations-Anzüge 75.— M.
Vorwärtsleser 5% Rabatt.

Kröger-Körner
Bismarckstraße 99. U-Bahn.

metall-Betten Stahl-
Küchengeräte, Polster, Schlafmatten, Chaiselongues an Private, Kabinenzüge, Katalog 267 bei
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

FURNICULUS

Fordern Sie Behandlung mit

Homöopathie

und in Apotheken

Madaus

die wirksamen Originalabfüllungen